

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

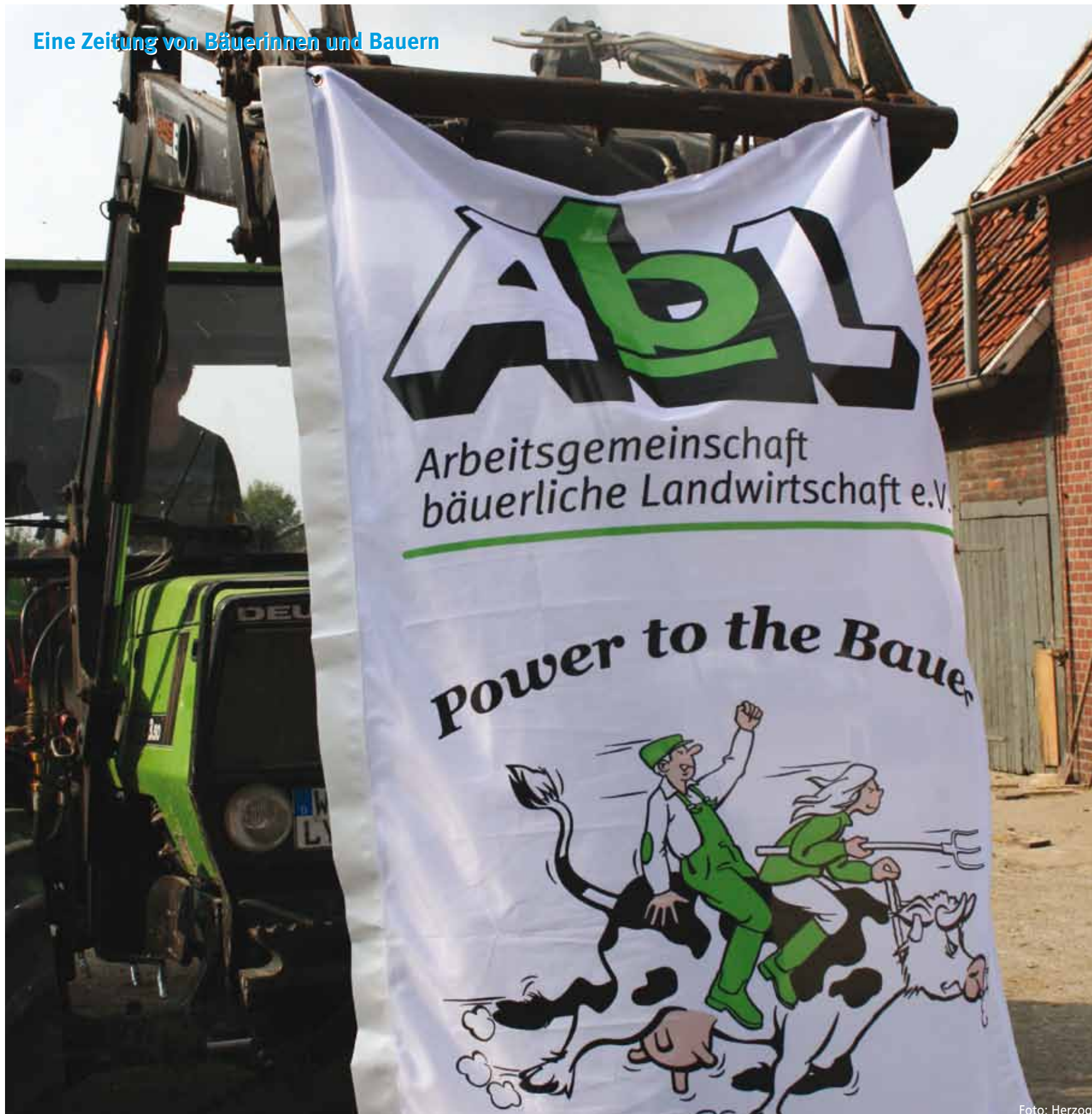


Foto: Herzog

Klima

Die Landwirtschaft ist Opfer und Täter des Klimawandels. Aktuelle Zahlen zum Bioenergiesektor, ob Kühe und Biogasanlagen eine Gefahr für Klima, Mensch und Umwelt sind und was sich ändern muss im Kommentar und auf den Seiten 12-13

Milch

Die Ruhe vor dem Sturm: Die französischen Milchbauern stehen kurz vor einem Streik. Andere europäische Länder sitzen in den Startlöchern. Ein Interview mit Romuald Schaber, die aktuelle Marktsituation und Berichte aus Frankreich auf den Seiten 5-7

Märkte

Die Getreidepreise sind im Keller, obwohl die Produktion nur leicht über dem Verbrauch liegt. Der Schweinemarkt ist zusammengebrochen. Internationale Unternehmen nutzen die Situation, um zu expandieren, und schaffen neue Abhängigkeiten auf den Seiten 10-11

Die Seite 3	
In China geht immer mehr	3
Agrarpolitik	
Steinmeiers Steinzeitargenosse	4
Milch	
Mengenproblem rückt EU-weit in den Vordergrund	5
„Die Ruhe vor dem Sturm“ Romuald Schaber im Interview ...	6
„Hier wird bald gestreikt“	7
Bewegung	
Günstiger mit Ökostrom	8
Kartoffelkönigin auf britischem Thron	8
Märkte	
Smithfields Wildwest-Eroberung des Ostens	10
Eber: Der Duft der großen, weiten Welt	10
Getreide: „Die Menge macht den Markt“	11
Fit for Global Business	19
Neoliberales Nebelwerfen gegen die Milchbauern	20
Schwerpunkt	
Die Kuh eine „Klimabombe“?	12
Zukunft: Solarenergie und bäuerliches Biogas	13
Hofportrait	
Martin Häusling: Zwischen Kellerwald und Brüssel	14
Auch bei den Großen muss der Preis stimmen	18
Nachbau	
Schaden oder nicht Schaden	15
Warten auf bessere politische Verhältnisse	15
Gentechnik	
Sitzen gegen Gentechnik	16
Blauzunge	
Ärger ums Impfen	17
Weitere Themen	

Aus Stall, Feld und Umfeld zu Besuch bei Johannes Deventer und Heinz-Rudolf Schwamborn, Seite 9; Leserbrief, Seite 19; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Agrarpolitik wird zur Zukunftspolitik, wenn sie Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum erhält, die Welternährung sichert, aber auch den Schutz von Artenvielfalt, Boden-, Wasser- und Klimaschutz berücksichtigt. Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, tragen oftmals zu einer nachhaltigen Landwirtschaft bei. Die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sind seit Jahrzehnten genau auf dieses Ziel ausgerichtet. Auch die EU hat in ihren Beschlüssen zum Health-check den Klimaschutz als eine der neuen Herausforderungen benannt, aber kaum Finanzmittel eingestellt

Die deutsche Agrarministerkonferenz beschloss im September 2008 einen internen Bericht des Bundesministeriums zum „Potentiellen Beitrag der deutschen Landwirtschaft zu einem aktiven Klimaschutz“. Damit gelingt es, die Wortführerschaft zu erlangen, um anschließend die positiven Ansätze der Kommission zu bekämpfen.

Zwar hatte die deutsche Landwirtschaft seit 1990 durch den Transformationsprozess in Ostdeutschland – Abbau der Tierbestände und Verringerung der Anbauintensität – ihre klimarelevanten Emissionen um 18 Prozent verringert. Gegenwärtig dreht sich dieser Trend aber durch den Neubau riesiger Mastanlagen um. Landwirtschaft ist in ihrer heutigen Form Mitverursacher des Klimawandels. Sie ist aber zugleich auch Opfer des Klimawandels. Ernten werden risikoreicher und es ist zugleich unsicher, ob aufgrund der Wetterextreme die reichlicher gewachsenen Mengen eingefahren werden können.

Die Art und Weise der Erzeugung von Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen muss stärker als bisher zum Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen, politischen Diskussionen und Bewertungen werden.

Wer meint, Obst und Gemüse müsse aus Übersee eingeflogen werden, nimmt eine 300-fach größere Kohlendioxid-Belastung durch seine Ernährung in Kauf: Regional bleibt die erste Wahl!

Die Auseinandersetzungen um nachwachsende Rohstoffe haben dazu geführt, dass Zertifizierungssysteme zu Energie- und Klimabilanz der Biomasseerzeugung national und international im Aufbau sind. Auch wenn das alles sehr schleppend, Lobby beeinflusst, bürokratisch und unzureichend daherkommt, werden wir dadurch neue Auseinandersetzungen über die Erzeugungsketten von Lebens- und Futtermitteln bekommen. Bei uns und weltweit.

Neben der Bilanzierung der Klimawirkungen von Flächennutzungen steht die Tierhaltung, insbesondere die Rindviehhaltung im Mittelpunkt des Interesses.

Reduziert auf die Klimawirkung gewinnt das in 40 Tagen intensiv auf wenigen Quadratzentimetern erzeugte Hähnchenfleisch deutlich gegenüber Rindfleisch aus biologischer Erzeugung. Aber auch der Elefant stößt täglich 10 mal soviel Methan aus wie die Kuh. Ist die Großwildsafari deswegen angewandter Klimaschutz?

Es ist schon atemberaubend, wie von interessierter Seite versucht wird, die Hochleistungs-Landwirtschaft mit einem hohen Input an Energie und Futtermitteln – hier in der Milch- und Rindfleischproduktion – als diejenige darzustellen, deren Klimabilanz günstiger ausfällt als die einer Landwirtschaft, die sich durch weniger Input an Energie und Futter auszeichnet und somit darauf ausgerichtet ist, die natürlichen Quellen der Energie(Sonne) durch Gras zu nutzen.

Somit stehen in der Klima-Debatte zwei Systeme oder Ansätze der landwirtschaftlichen Erzeugung gegenüber: die „mineralölgesteuerte“ auf der einen und die „sonnengestützte“ auf der anderen Seite.

Die Klimafrage ist eng verknüpft mit der Energiefrage und der Welternährungsfrage. Ihnen kann in der Landbewirtschaftung nur durch eine angepasste bäuerliche Landwirtschaft weltweit begegnet werden.



Kommentar

Agrarpolitik muss Zukunftspolitik werden

Bernd Voss, stellvertretender AbL-Vorsitzender und Milchbauer

Bernd Voss,
stellvertretender AbL-Vorsitzender und Milchbauer

Impressum

b unabhängige
bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 3171, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marlene Herzog: 02381-492289; Marcus Nürnberger: 02381-492220; Claudia Schievelbein: 02381-9053173; Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper; Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520
Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de
Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)
Abonnementpreis: 36 € jährlich, verbilligt auf Antrag 26 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

In China geht immer mehr

Trotz Schwierigkeiten produzieren die Bauern für eine angestrebte Selbstversorgung und die zivilgesellschaftliche Bewegung gewinnt an Stärke

Im Gemeindehaus von Feng Village, einem Dorf in der südchinesischen Provinz Guangzhou, schwatzt eine kleine Gruppe alter Frauen aufgeregt durcheinander, gestikuliert dabei mit den Händen und verstummt wieder. Li Bo von der Umweltorganisation Friends of Nature übersetzt: „Ihren Familien wurde das Pachtland weggenommen. Jetzt sind ihre Kinder in die Städte gezogen, um dort Geld zu verdienen.“ Eine Bäuerin erzählt, dass sie für 0,8 Hektar 30.000 RMB bekommen hat, um es abzugeben. Umgerechnet sind das etwa 3.100 Euro. Sie habe versucht, zumindest mehr auszuhandeln, aber da hieß es nur: Entweder nehmen Sie das Geld oder nicht. Neuer Besitzer der Ländereien ist jetzt die Universität mit dem Namen South China Agricultural University. Feng Village ist eine Station der Begegnungsreise mit dem Titel „Global Concerns – Global Cooperation?“ der Asienstiftung für das EU-China Civil Society Forum und dem chinesischen Partner Friends of Nature. Zwei Wochen lang hatten Vertreter von chinesischen, österreichischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen die Gelegenheit, Erfahrungen und Informationen zu tauschen.

Gentechnik neben Bio

Ein Student der South China Agricultural University läuft durch ein Reisfeld. Er beschreibt die ökologischen Reisanbauversuche der Universität. Enten vertilgen in bestimmten Wachstumsphasen die Insekten und Geflügelmist werde als organischer Dünger eingesetzt. So

Hand in den Himmel und sagt: „Mit einer Mauer.“ Unabhängig von deren Wirkung sind in den Feldern keine Mauern zu sehen. Auch werden die Gentechnikversuche nicht gezeigt. Die chinesische Höflichkeit verbietet weitere kritische Nachfragen. „Es wird keine intensive öffentliche Debatte über Gentechnik geführt“, sagt Fu Tao vom englischsprachigen Online-Forum „China Development Brief“. „Wir wissen, dass es Versuche gibt, bei denen gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, damit die Firmen bereit sind, falls die Regierung den Anbau irgendwann erlauben sollte.“

Abwanderung in die Städte

Die chinesischen Dörfer liegen verschlafen in grünen Reisfeldern. Es scheint, als gäbe es dort fast nur alte Menschen und Kinder. Sie beobachten skeptisch die Besucher mit ihren Digitalkameras. Nach offiziellen Angaben gibt es 200 Millionen Wanderarbeiter in China. Ende der siebziger Jahre waren es noch 30 Millionen. Experten schätzen, dass sogar 90 Prozent der Wanderarbeiter Bauern sein sollen. Die chinesische Nichtregierungsorganisation Global Environmental Institut (GEI) begründet die Landflucht damit, dass die Durchschnittsgehälter in den Städten ungefähr dreimal höher sind als in den ländlichen Räumen. Die wenigsten Bauern haben einen akademischen Abschluss. Deshalb landen sie bei schlechtem Lohn in Fabriken. „Diese Arbeit ist schmutzig“, sagt Li Bo. Die Wanderarbeiter ziehen teilweise mehr als zehn Jahre in die Städte

Migration und Entwicklung (CIM) hat trotz allem den Eindruck, dass die landwirtschaftliche Produktion nicht stockt. Er lebt und arbeitet seit Ende letzten Jahres in der südöstlichen Binnenprovinz Jiangxi und sagt: „Die Flächen hier sind extrem intensiv genutzt, es gibt keine Brachflächen wie in Deutschland.“ Nutzen die Bauern ihre Felder nicht selbst, dann werden diese meist verpachtet. Immerhin leben nach wie vor 700 bis 800 Millionen Menschen auf dem Land und die Landwirtschaft ist eine wesentliche Einnahme- und Versorgungsquelle.

Klein und effizient

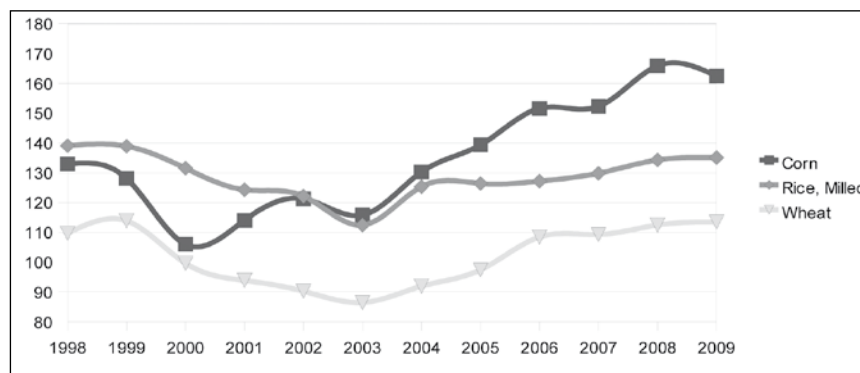
Die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt 0,6 Hektar. Stimmen die Zahlen der USDA (United States Department of Agriculture), dann ist die Produktion von

abgeschafft und die Ankaufspreise erhöht. Außerdem ist verboten worden, Felder in Bauland umzuwandeln. Mindestens 95 Prozent der Agrarprodukte soll aus eigenem Anbau stammen. So will es Chinas Regierung und arbeitet deshalb auch zeitweilig mit Exportbeschränkungen. „Um das Leben auf dem Land attraktiver zu gestalten, fließen im Rahmen des staatlichen Programms „New Socialist Countryside“ Investitionen für beispielsweise Kleinbiogasanlagen, um selbst Gas zu erzeugen. Als Voraussetzung für diese Anlagen müssen die Familien ein oder zwei Schweine halten und schon funktioniert es“, sagt Thomas König. Er weiß von einem Bericht der Asian Development Bank, dass allein 2007 landesweit 24 Millionen dieser Anlagen gebaut worden sind.



Chinesische Bäuerin mit Wasserbüffel und Kalb.

Foto: Thomsen



Chinas Produktion von Mais, Reis und Weizen in Megatonnen.

Quelle: Bauernstimme

könne auf Pestizide und künstlichen Dünger verzichtet werden.

Mit dem gleichen Eifer, wie er den ökologischen Anbau anpreist, weist er auch auf die Freilandversuche von gentechnisch veränderten Reis-, Mais- und Bohnenpflanzen hin. Eine chinesische Umweltaktivistin fragt: „Wie verhindert ihr Verunreinigungen.“ Der Student: „Da haben wir unsere Methoden.“ Die Umweltaktivistin: „Und welche sind das?“ Der Student reckt seine

und kommen erst wieder heim, wenn ihre Kinder groß sind. „Für die Bauern sind die verschiedenen Agrarreformen ein Problem. Sie müssen sich immer wieder auf neue Situationen einstellen und wissen nicht, was als nächstes kommt“, sagt Li Bo und fügt hinzu: „Außerdem gibt es kaum Markttransparenz. Und es ist schwer für sie, auskömmliche Preise für ihre Produkte zu erzielen.“

Der deutsche Agraringenieur Thomas König vom Centrum für internationale

Weizen, Mais und Reis in den vergangenen Jahren gestiegen (siehe Grafik). Und China ist seit Jahren Nettoexporteur mit Ausnahme im Wirtschaftsjahr 2003/04, damals wurde mehr Reis und Weizen importiert, als auf dem Weltmarkt verkauft, und bei Weizen war dies auch im Jahr 2004/05 noch so. Die Milchproduktion ist ebenfalls kontinuierlich auf 37,8 Millionen Tonnen 2008/09 gestiegen. Zehn Jahre zuvor waren es noch 8 Millionen Tonnen. Ähnlich wie in den Jahren davor besteht 2008/09 bei Vollmilchpulver und Frischmilch ein Exportüberhang mit 19.000 Tonnen und 29.000 Tonnen, während bei Magermilchpulver ein Importüberhang von 52.000 Tonnen ermittelt wurde. Sind diese Erhebungen einigermaßen korrekt, dann muss man die Aussagen einiger Marktbeobachter kritisch hinterfragen, wenn es mal wieder heißt, dass China ein bedeutender Abnehmer für Agrarprodukte auf dem Weltmarkt sein soll. Für diese Entwicklung hat Pekings Führung 2003 die Agrarsteuern

Die neue Bewegung

Die Begegnungsreise hat Probleme, aber auch Potentiale einer kleinbäuerlich strukturierten Landwirtschaft in China gezeigt. Neben den bekannten Umweltsünden wächst eine neue Bewegung. Vor 16 Jahren wurde Friends of Nature als erste Umweltorganisation gegründet. Heute gibt es etwa 2.000 Nichtregierungsorganisationen, die von der Regierung oder ausländischen Geldgebern finanziert werden. Davon sind knapp 20 Prozent Studentenbewegungen. Bemerkenswert erscheint überhaupt das ehrenamtliche Engagement der Studenten. Sie setzen sich kritisch mit Themen wie Klimawandel, Gewässerschutz oder Landwirtschaft auseinander. Auch wenn nicht Alle hauptberuflich in der Zivilgesellschaft arbeiten werden, so wandert durch sie dieses Wissen in die Leitungsebenen von Wirtschaft und Regierung.

Berit Thomsen

Steinmeier für Massentierhaltung

Beim Kandidaten-Check der ZDF-Kindersendung *logo* wurde SPD-Kandidat Steinmeier von der Kinderreporterin Kaja gefragt: „Wenn Sie Kanzler wären, würden Sie dafür sorgen, dass es keine Massentierhaltung mehr gibt?“ Kanzlerkandidat Steinmeier verneint: „Wir Deutschen essen zu viel Fleisch. Da kommt man ohne Massentierhaltung nicht ganz aus.“ Die Antwort machte Kaja zu schaffen. Uns auch. *en*

Atomkraft die Suppe versalzen

Vor mehr als dreißig Jahren gaben über hundert Landbesitzer im niedersächsischen Wendland ihre Rechte an der Nutzung des Gorlebener Salzstockes an den Vorläufer des heutigen Bundesamtes für Strahlenschutz ab. Jetzt ist durch einen mehr oder weniger zufälligen Blick in alte Akten offenkundig geworden, dass diese damals gemachten Verträge nur befristet abgeschlossen wurden und im Jahre 2015 auslaufen. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) sieht damit bereits das Ende eines Atommüll-Endlagers in Gorleben gekommen, die Widerständler vor Ort jubeln noch verhalten. Aber natürlich werde man mit den Besitzern der Salzrechte nun sprechen und versuchen eine Verlängerung der Verträge zu verhindern, so eine Sprecherin der bäuerlichen Notgemeinschaft. Schließlich seien die Salzrechtbesitzer über Jahre getäuscht worden, da anstatt „nur“ eine Erkundung des Salzstockes vorzunehmen sei jahrelang längst der Ausbau zum Endlager vorangetrieben worden. Hinzu kommt, dass ebenfalls beim Studium alter Akten aufgefallen ist, dass vor Jahren der Standort Gorleben aus wissenschaftlicher Sicht sehr viel kritischer beurteilt worden war als die politisch Verantwortlichen die Öffentlichkeit glauben machen wollten. Schon vor Jahren empfahlen Wissenschaftler eine alternative Standortsuche. All diese Entwicklungen machen einmal mehr deutlich wie wichtig die Arbeit des Widerstandes im Wendland all die Jahre war – ein Grund mehr am 5. September zur Schlepperdemo nach Berlin zu fahren! *cs*

USA entdeckt Regionalität

US-Präsident Barak Obama will nicht nur eigenes Gemüse im Garten des Weißen Hauses anbauen, sondern dort auch einen Bauernmarkt etablieren und damit möglichst viele andere Städte ermuntern, es ihm nachzutun. Durch den Verkauf regionaler Produkte würden Erzeuger vor Ort gestärkt, mittels gesparter Transportkilometer etwas für den Klimaschutz getan und über mehr frisches Obst und Gemüse das Ernährungsverhalten der Bevölkerung positiv beeinflusst, so das Statement des Präsidenten dazu.

„In der Region geschlachtet“ gilt als neuer Qualitätsaspekt bei amerikanischen Konsumenten, so der *Washington Examiner* – vor allem wegen der Kritik an den großen Schlachtkonzernen, den Transporten sowie wegen früherer Skandale mit Coli-Keimen im Fleisch. Organisiert wird die Schlachtung in mobilen Anlagen durch die Central Coast Agricultural Cooperative, zu einem Preis von 155 Euro pro Tier – vor allem bei extensiv gehaltenen Rindern in Regionen, wo die Konkurrenz der Schlachtkonzerne die kleineren Schlachtereien ruiniert hat. *pm*

Kälbermast Van Drie

Mehrere Agrarzeitungen berichteten in den letzten Wochen recht schönfärberisch über die „Qualitätssicherungs-Aktivitäten“ der niederländisch-deutschen van-Drie-Gruppe - da seien die „Kälbermäster, Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe, Futtermittelhersteller sowie Vermarkter bei der Vertragsmast in einem Boot“. Das sogenannte „Familienunternehmen“ ist in Wirklichkeit ein Kapital-Konglomerat von 20 Unternehmen mit 1,7 Milliarden Euro Jahresumsatz in den Bereichen Kälberhaltung, Milchpulver, Schlachtung und Kalbshäute, mit 1,5 Millionen Schlachtungen weltweit. Die Überschrift „Alles in einer Hand“ deutet ja zumindest die Monopolstellung dieses Unternehmens an. Nicht berichtet wurde darüber, wie denn die Arbeitsstunden der 1.200 Lohnmäster entlohnt werden, weshalb die van-Drie-Gruppe zu den größten Empfängern von EU-Agrarsubventionen gehört, was dem Lohnmäster alles diktiert wird (bei Kälberpreis, Tierarzt, Futterpreis etc.) und wer das Risiko trägt bei Stallbau, hohem Krankheitsdruck und Preisen. Ganz zu schweigen von der nicht tierartgemäßen Haltung der Tiere bei dieser „Weißfleischkälbermast“, bei der sie während der ganzen Mastdauer von 160 Tagen fast nur Milchaustauscher bekommen und nur etwas Maissilage. *en*

Kurzes am Rande

Steinmeiers Steinzeitagrargenosse

Der Bauernverband segelt mit Folgart in die SPD-Spitze

Ein ziemlich großen Schatten wirft der Mann fürs Agrarressort im Schattenkabinett von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier auf die agrarpolitische Linie der Sozialdemokraten. Hatte sich doch in den vergangenen Jahren häufiger Stimmen in der SPD zu Wort gemeldet, die moderne Ideen einer nachhaltigen, verbraucher- und umweltorientierten, Regionalität betonenden Landwirtschaft im Kopf haben und zumindest auch Ansätze davon im neuen Regierungsprogramm verankern konnten, ist die Berufung des Brandenburgers Udo Folgart nun ein Griff in die agrarpolitische Klamottenkiste der Steinzeit. Der parteilose Geschäftsführer einer Agrargenossenschaft hat denn auch postwendend in einem Interview mit der *agrarzeitung* angekündigt, er wolle „das SPD-Programm nachjustieren.“ Ihm werde der Wirtschaftsraum ländlicher Raum dort zu wenig repräsentiert, über Artenschutz, Naturschutz und Ver-



Udo Folgart: Agrarsternchen der SPD

Foto: SPD

braucher- und Naturschutz und Ver-

„könne man reden.“ Wichtig sei aber zu betonen, so Folgart, dass die Landwirtschaft der größte Arbeitgeber im ländlichen Raum ist. Der in der Vergangenheit weniger in SPD-Zusammenhängen und mehr als Vizepräsident und Milchexperte des deutschen und Präsident des brandenburgischen Bauernverbands aufgetretene Folgart hat auch schon noch eindeutiger Position bezogen. Er steht für die Agrarpolitik des Bauernverbands, will mit Strukturverbesserungen und Exporten die Milchbauern und -bäuerinnen retten, ist offen für Gentechnik, hält das Wachstumspotential des Ökolandbaus für erschöpft und ist nicht zuletzt in seinem Hauptberuf als Geschäftsführer einer großen Agrargenossenschaft Sinnbild für eine großstrukturierte, industrialisierte Landwirtschaft.

Rückbesinnung

Was verspricht sich die SPD von diesem offensichtlichen Affront gegenüber jenen eigenen Kräften, die zumindest in Einzelaspekten immer wieder eine andere Hal-

tung in der Partei haben durchblicken lassen, allen voran der stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag Ulrich Kelber? Ist es tatsächlich der etwas gedankenverlorene Versuch, über einen Bodenständler aus dem Osten ein paar Stimmen in der linken Mitte der angestellten Mitarbeiter landwirtschaftlicher Großbetriebe abzufischen? Oder ist es die bewusste Rückbesinnung der SPD auf ihre alte agrarpolitische Linie, die einerseits immer schon mangels Wählerklientel und damit Interesse nah an den Positionen des Bauernverbands war und andererseits durch die industriellen Wurzeln der Partei auch gekennzeichnet war von der Liebe zu einer industriell strukturierten Landwirtschaft? Was auch immer, ob die Strategie, in Revieren jenseits der üblichen Stimmen zu wildern, durch die Nominierung des Verbandsfunktionärs Folgart aufgeht, ist wohl mehr als fraglich. Schließlich bietet die FDP mindestens eben so viel

freien Markt und eben so viel Innovationsfreude in Sachen Gentechnik. Und in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten besinnt man sich gerne auf die vermeintliche Wirtschaftskompetenz der Gelb-Blauen. Dass sie Genschers soziales Gewissen und auch eventuelle Hemmungen gegenüber der uneingeschränkt Fortschritt bringenden Wissenschaft und Technik lange verloren haben, schreckt wenig. Und wenn doch, bleiben noch Linke, Grüne und für die Bauernverbandsgetreuen auch im Osten inzwischen eher schwarz als rot. Nützen tut die Berufung von Udo Folgart somit eigentlich nur dem Bauernverband, der zum einen den direkten Zugang zum Zentrum der Macht innerhalb einer allerdings immer weniger mächtigen Partei erhält, zum anderen sich zurücklehnend ansehen kann, wie seine antiquierte Politik in Kreisen wieder salonfähig wird, von denen durchaus auch Bäuerinnen und Bauern glaubten, dort habe man diese in den letzten Jahren überwunden. *cs*

Mengenproblem rückt EU-weit in den Vordergrund

Milch-Bericht der Kommission erkennt Mengenproblem an. Sie schlägt die Einschränkung der Saldierung vor. Acht EU-Länder fordern Einfrieren der Quoten-Erhöhung

„Die Europäische Kommission wird weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Milcherzeuger in der EU zu unterstützen und den Milchmarkt zu stabilisieren.“ Mit diesem hehren Anspruch beginnt die Pressemitteilung der EU-Kommission zu ihrem Bericht zur „Lage auf dem Milchmarkt im Jahr 2009“, den sie am 22. Juli veröffentlicht hat. Den existenzbedrohenden Verfall der Milcherzeugerpreise seit Anfang/Mitte 2008 in Europa erklärt die EU-Kommission damit, dass die Nachfrage nach Milch und Molkereiprodukten gesunken sei, sowohl in der EU als auch weltweit.

Weltmarkt

In ihrer Arbeitsunterlage zum Markt-Bericht erklärt die Kommission, wie es zum „Preisverfall auf dem Weltmarkt“ gekommen ist: „Während die Produktion anstieg, sank die Nachfrage auf dem Weltmarkt“. Das weltweit steigende Angebot führt die Kommission auf eine steigende Milcherzeugung in Neuseeland, Australien, Argentinien, Brasilien „und bis vor Kurzem auch in den USA“ zurück. In der EU 27 sei hingegen im Quotenjahr 2008/09 (1.4. bis 31.3.) 0,9 % weniger Milch erzeugt worden.

Für die weltweit sinkende Nachfrage zieht die Kommission als Maßstab die globalen Exporte heran, also die Drittlandsausfuhren aller Staaten. Beim Käse, dessen weltweit größter Exporteur die EU ist, seien die globusweiten Exporte im Jahr 2008 um 7,8 % gegenüber 2007 eingebrochen, im ersten Quartal 2009 nochmals um 12,3 % gegenüber dem 1. Quartal 2008. Bei Mager- und Vollmilchpulver habe es im Jahr 2008 eine Steigerung des weltweiten Drittlandhandels gegeben, aber die ersten drei Monate 2009 steht auch beim Pulver ein Minus (-5,4 % bzw. 1,0 %).

Beim EU-Markt argumentiert die EU-

Kommission auf den ersten Blick anders als beim Weltmarkt. Für die EU begründet sie den Preisverfall alleine mit einer gesunkenen Nachfrage. Sie suggeriert, das Angebot könne nicht das Problem sein, weil die Milcherzeugung in der EU im Quotenjahr 2008/09 um 0,9 % zurückgegangen sei. Vor allem ist die Kommission aber bemüht, jeden Zusammenhang zwischen der vergangenen Quotenerhöhung und dem Preisverfall auszuschließen. Denn die Quote sei in dem Quotenjahr EU-weit um 4,2 % unterliefert worden. Natürlich weiß die Kommission, dass es nicht auf eine absolute Höhe nur eines Faktors ankommt, sondern auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

Zahlen zur Entwicklung der Nachfrage in der EU nennt die Kommission für das Jahr 2008 nicht, lediglich für die ersten vier Monate 2009. Da schließt sie von Rückgängen in der Produktion bei Frischeprodukten (zwischen 0,8 und 2,5 % Rückgang) und Käse (- 2,3 %) auf eine entsprechend geringere Nachfrage. Da in der EU über 70 % der Milch in diese Produkte gingen, sei der Nachfrage-Rückgang in diesen Bereichen für den EU-Milchmarkt bedeutend. Festzuhalten bleibt somit, dass die Nachfrage innerhalb der EU offenbar stärker zurückgegangen ist als die Milcherzeugung. Zusammen mit den Rückgängen im Export ergibt das einen Überhang im Angebot – obwohl die Milcherzeugung zurückgegangen ist und obwohl die Quoten EU-weit um 4,2 % unterliefert worden sind.

Als Anhaltspunkt für den Umfang des Überangebots beziffert der Kommissionsbericht die Milchmenge, die im Rahmen der staatlichen Intervention bis Mitte Juli 2009 als Butter (81.900 t) und Magermilchpulver (203.000 t) aufgekauft und eingelagert worden ist, mit insgesamt 2,9 % der EU-Milcherzeugung. Inzwischen steigt

nach Angaben der Kommission die Milcherzeugung in der EU wieder. Die Kommission will die Intervention bis weit in das Jahr 2010 hinein fortführen. Der Markt nimmt die Mengen offensichtlich nicht auf.

Vorschläge der Kommission

Doch was die Angebotsreduzierung betrifft, so enthält der Kommissions-Bericht nur Vorschläge, die die Mitgliedstaaten einzeln umsetzen könnten. Ein EU-weites Vorgehen auf der Angebotsseite lehnt die Kommission kategorisch ab. „Maßnahmen wie eine Quotenkürzung um 5 % oder ein Einfrieren der Quotenanhebungen“ seien ausgeschlossen, weil sie dem Ergebnis des Health Checks vom November 2008 zuwiderlaufen würden.

Dem widersprechen wiederum die Minister/-innen aus acht EU-Staaten in einem gemeinsamen Brief von Ende Juli. Darin heißt es: Wir „bestehen (...) darauf, dass die Möglichkeit eines Einfrierens der vorgesehenen Erhöhung der Milchquoten auf europäischer Ebene untersucht werden sollte – im Einklang mit den Beratungen im Rat, welche die Grundlage des Gesundheitscheck-Kompromisses bildeten.“ Die Unterzeichner sind Deutschland, Frankreich, Österreich, vier osteuropäische Staaten und Griechenland.

Als ob die Kommission diesen Vorstoß geahnt hätte, schlägt sie in ihrem Bericht vor, den einzelnen Mitgliedstaaten zu erlauben, die Saldierung wirksam einzuschränken oder abzuschaffen, d.h. von allen Milcherzeugern, die ihre einzelbetriebliche Quote überliefern, die Superabgabe zu erheben, auch wenn die nationale Quote nicht überschritten wird. Das lehnt sich an die jahrelange Praxis in Frankreich an. Offenbar will die Kommission mit diesem Vorschlag die Entschlossenheit der Minister auf den Prüfstand stellen. *uj*

Superabgabe in Belgien

Die Regierung der südlichen Hälfte Belgiens, der Wallonie, hat beschlossen, für jeden Liter Milch, den ein Milcherzeuger über seine Quote hinaus abliefern, sofort 14 Cent vom Milchgeld einzubehalten, wie die belgische MIG berichtet. Sollte die nationale Quote insgesamt nicht ausgeschöpft werden, erhalten die Betriebe die Superabgaben zurück. Allerdings gehen Beobachter davon aus, dass Belgien, ähnlich wie Deutschland im laufenden Quotenjahr die Quote ausfüllen wird. Auch in Flandern, der nördlichen Region Belgiens, wird über die Einführung der Regelung diskutiert. *uj*

Hessens Vorschlag

Hessens Ministerin Silke Lautenschläger (CDU) hat Bundesministerin Ilse Aigner (CSU) aufgefordert, u.a. ein Programm zur befristeten Quotenstilllegung aufzulegen. Finanziert werden soll das aus den Superabgaben, so dass der Vorschlag auch zu verstehen ist als Aufforderung, die Saldierung wirksam einzuschränken. Lautenschläger will die Quoten für fünf Jahre stilllegen und dafür 6 Ct/kg/Jahr zahlen. *uj*



Vertreter der Mitgliedsländer des European Milkboard (EMB) bei einem Treffen in der Schweiz. „Was wir als EMB anstreben ist ein Systemwechsel. Für dieses Ziel werden wir als Milcherzeuger in den kommenden Wochen mit aller erdenklicher Kraft und allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen. Sollte sich die Politik den notwendigen Reformen verweigern, ist ein neuerlicher, europaweiter Lieferstreik unausweichlich.“

Foto: EMB

„Die Ruhe vor dem Sturm“

Der Vorsitzende des BDM, Romuald Schaber, zur flexiblen Mengenreduzierung, Forderungen an Politiker und streikbereiten Milchbauern in Frankreich

Unabhängige Bauernstimme: Der Bundesverband Deutscher Milchviehalter (BDM) hat sich in den vergangenen Monaten immer wieder an die Politiker gewandt und um Unterstützung gebeten. Die Politik scheint jedoch keine Notwendigkeit zu sehen, die derzeitige Situation am Milchmarkt beeinflussen zu müssen?

Schaber: Da muss man natürlich differenzieren und genau hinschauen. Wenn man den großen Wurf erwartet hätte, den wir natürlich brauchen, um aus der Situation rauszukommen, dann kann man nicht zufrieden sein. Das ist vollkommen klar. Auf der anderen Seite sehen wir kleine Bewegungen. Die Marktbewertung ist vorgezogen worden. Es hat Vorschläge der Kommission gegeben, die natürlich noch unzureichend sind. Aber die Politik muss handeln. Und es gibt ja mittlerweile auch von einzelnen regionalen Politikern positive Äußerungen. Frau Lautenschläger aus Hessen beispielsweise will die Milchmenge reduzieren. Von Italien wird es eine Eingabe beim Europaparlament geben und vermutlich auch an den Agrarrat mit dem Vorschlag einer freiwilligen Mengenstilllegung auf europäischer Ebene.

Im großen und Ganzen macht es aber doch den Eindruck, dass die Politiker mit der derzeitigen Entwicklung am Milchmarkt zufrieden sind.

Die Vorschläge der Kommission muss man von denen der Regionalinitiativen trennen. Die Vorschläge der Kommission dienen nur dazu, die eingeschlagene Richtung beizubehalten und zu rechtfertigen. Also keine grundsätzliche Änderung, dass hat Fischer Böel betont. Die Quote soll nicht wieder angewendet werden und auch der Vorschlag, die Intervention bis Februar aufrecht zu erhalten, dient nur dazu, die eingeschlagene Liberalisierung, die Ausdehnung der Menge beizubehalten und zu rechtfertigen. Das geht natürlich vollkommen in die falsche Richtung.

Das Konzept des BDM steht unter dem Titel: Wir helfen uns selbst. Bei der freiwilligen verpflichtenden Mengenstilllegung sollen aber die Molkereien eine anfallende Vergütung zahlen. Welchen Grund gibt es dafür anzunehmen, dass die Molkereien auf die Forderung eingehen? Profitiert die Molkereibranche nicht vielmehr von den derzeitigen Entwicklungen?

Also wenn man die Entwicklung nur aus der Sicht der zwei, drei größten Molkereien betrachtet, dann könnte man vielleicht zu diesem Schluss kommen. Aber wir haben ja in der Mehrzahl mittlere und kleine Molkereien. Und die müssen

ein verstärktes Interesse an einer Mengenreduzierung haben. Zum Ersten weil sie in einem geräumten Markt mehr Wertschöpfung erzielen können, zum Zweiten weil sie ein Interesse am Fortbestand der Quotenregelung haben sollten. Denn die Quote sichert den Molkereien ein Stück Marktzugang. Das heißt wir werden nicht diesen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb bekommen, der eintritt, wenn die Quote ausläuft. Das sind zwei ganz wichtige Argumente. Das Dritte ist, dass die Genossenschaftsmolkereien im Interesse ihrer Genossen eine Räumung des Marktes unterstützen müssen.

Unabhängig von einer Unterstützung durch die Verarbeiter müssen die Milchbauern doch aus rein ökonomischem Kalkül die Milchmenge reduzieren.

Das ist richtig. Aber ohne Gegenleistung wird es nicht gehen. Die derzeitigen Lösungen einer Mengensteuerung wie bei der Upländer in Hessen oder auch bei Scheitz in Bayern, also eine molkereinterne Lösung, sind Leistungen der Bauern ohne definierte Gegenleistung der Molkerei. Dies mag bei kleinen Molkereien in einem begrenzten Bereich noch sinnvoll sein, ist aber für die gesamte Molkereiwirtschaft in Deutschland keine zielführende Lösung. Wirksame Konzepte sind derzeit nur mit Unterstützung sowohl der Molkereiwirtschaft, als auch der Politik umsetzbar.

Während der Streik vergangenes Jahr bei hohen Preisen vor allem politisch motiviert war, so liegt der Forderung nach einer Mengenreduzierung aktuell doch eine betriebswirtschaftlich ganz nüchterne Position zugrunde.

Die Beweggründe waren im vergangenen Jahr genau die gleichen. Wir hatten gesehen, dass die Quotenausdehnungen vom Markt nicht aufgenommen werden. Der Preis war, vor allem im Norden, im freien Fall und alle Unternehmungen hatten das Ziel, in Norddeutschland den Preis zu stärken und einen Einbruch im Süden zu verhindern. Bei dem aktuellen Vorschlag geht es darum, dass wir als Branche ein Ziel erreichen. Wenn die Molkereibranche mitzieht, wird sich die Politik schwer tun, ihre Unterstützung zu verweigern. Ziehen Politik und Molkereibranche aber nicht mit, dann wissen die Bauern, dass sie eine härtere Gangart einschlagen müssen.

Die Forderung nach einer Mengenregulierung in Bauernhand scheint derzeit in den Hintergrund gerückt zu sein. Steht der neue Vorschlag nicht in Konkurrenz zum Milchboard?

Wir haben die Schwierigkeit, dass viele Bauern aus teilweise sehr unterschiedlichen Gründen dem Milchboard derzeit nicht beitreten, andererseits aber durchaus gewillt sind, etwas zu unternehmen. Genau diesen Bauern wollten wir mit dem jetzigen Vorschlag eine Handlungsmöglichkeit eröffnen und gleichzeitig der Politik das Argument nehmen, die Bauern wollten gar keine individuelle Mengenreduktion.

Gibt es schon Reaktionen von Seiten der Molkereien?

Bisher noch nicht. Einzig der Milchindustrieverband hat geäußert, dass er es nicht unterstützen kann.

Immer wieder ist aktuell von bevorstehenden Milchpreiserhöhungen zu lesen. Welche Auswirkungen hat das

schränkungen der Menge zu erreichen.

In Frankreich sieht man vieler Orten Transparente, die auf einen drohenden Milchstreik hinweisen. Unter welchen Bedingungen wäre ein Streik der Europäischen Milchbauern denkbar?

Entscheidend ist, was in Frankreich passiert. Die Franzosen haben in den letzten acht, neun Monaten eine dermaßen gute Bündelungsarbeit hingelegt, die wir uns in den kühnsten Träumen nicht vorstellen konnten. Man ist in engem Kontakt mit Politikern, macht systematische Aufbauarbeit, schafft Strukturen. Eine ganz tolle Arbeit! Die Franzosen sind entschlossen zu streiken.

Wie ist die Situation in Deutschland?

Ich würde die Situation als Ruhe vor dem Sturm bezeichnen. Wir hatten in Belgien eine ganz ähnliche Situation, in der die



... nicht die Hände in den Schoß legen

Foto: Herzog

auf das Engagement der Bauern im Kampf um faire Milchpreise?

Da müsste der Milchpreis schon deutlich ansteigen. Wir haben ja derzeit die Situation, dass den Bauern mindestens 15 Cent Milchgeld fehlen. Die Entwicklungen, die sich gegenwärtig am Markt abzeichnen, sind bei weitem nicht ausreichend um die Einkommenssituation der Bauern zu verbessern. Wir gehen davon aus, dass der Preis maximal 2 bis 3 Cent zum Herbst hin steigt. Wir brauchen aber Preise, die deutlich oberhalb von 30 Cent liegen. Die Fachleute, mit denen wir gesprochen haben, sehen überhaupt keine Aussicht, dieses Niveau ohne Ein-

Bauern auf ihren Betrieben in ein Loch gefallen sind, aber als sie gesehen haben, was in Frankreich passierte und dass die Deutschen mit 1.000 Schleppern in Brüssel waren, da haben sie wieder Mut gefasst und sind jetzt hoch motiviert. Etwas Vergleichbares erwarte ich auch in Deutschland, wenn die Franzosen mit dem Streik beginnen. Ich gehe nicht davon aus, dass die deutschen Milchbauern dann ihre Hände in den Schoß legen.

Vielen Dank für das Gespräch

mn

„Hier wird bald gestreikt!“

In Frankreich mobilisieren sich die Milchbauern, auch mit Blick zu den Nachbarn

Die französischen Milchbauern stellen sich auf einen Milchstreik an. Zu diesem Schluss jedenfalls muss man kommen, wenn man die Abstimmungen des Verbands der unabhängigen Milcherzeuger APLI verfolgt. Auf einer der Letzten in Saint-Hilaire-du-Harcouët in Westfrankreich, stimmten nach Aussage des zweiten Bürgermeisters knapp 1.500 Milcherzeuger für einen europäischen Milchstreik als letztes Mittel zur Erhöhung der Auszahlungspreise. Begleitet wurde das Abstimmungsergebnis von den klatschenden Milchbauern, die aufgestanden waren, um das Lied „Lève-toi, producteur laitier“, („Steh auf, wenn du ein Bauer bist“) zu singen. Auch die Verantwortlichen zeigen sich optimistisch. Der APLI-Vorsitzende Pascal Masol, selbst Milcherzeuger in Südfrankreich, erwartet eine Welle der Solidarität, die sich über ganz Europa ausdehnt: „Wenn Ihr Bauern hier im Westen, dem Schwergewicht der französischen Milchproduktion, los legt, dann zieht Frankreich nach, dann zieht Europa nach“. Das die Milchbauern in Frankreich bereit sind, den Start zu machen, daran lassen die Erfahrungen der Vertreter der APLI keinen Zweifel.

Breite Unterstützung

Auf ihren Informationsveranstaltungen haben sie zu rund 30.000 Milcherzeugern gesprochen. Die Abstimmungen waren überwältigend. 85 Prozent der jeweils anwesenden Milcherzeuger sind bereit, ihren Milchtrankhahn zu öffnen. Und schon jetzt

zur Situation der Milchbäuerinnen und -bauern kostenlos Milch ab. Einzelne Firmen bekunden ihre Solidarität, indem sie Schilder mit den Forderungen der Milchbauern aufstellen. Und doch bleibt der Milchstreik nur das letzte Mittel. „Niemand möchte den Milchstreik, aber die Politik zwingt uns dazu“, machte der belgische Milchbauer Erwin Schöpges, Vertreter des European Milk Board EMB, deutlich und appelliert gleichzeitig an seine europäischen Kollegen: „Wir müssen uns zusammenschließen und aufhören, uns gegenseitig in den anderen Ländern die Schuld für



Auch in Belgien stehen die Zeichen auf Streik Fotos: Schöpges

die viel zu niedrigen Preise zuzuschreiben.“ Das genau dies von verschiedener Seite versucht wird, bestätigt Stefan Lehman, Milchbauer aus Süddeutschland. „Man hat uns gesagt: schaut nach Frankreich. Die Franzosen sind ruhig, sie sind mit dem Milchpreis zufrieden.“ Doch das ist völlig falsch, denn auch die Situation auf den französischen Betrieben ist dramatisch. Viele Rechnungen bleiben unbezahlt liegen. Die Banken machen enormen Druck.

Gemeinsam stark sein

Der Zorn der Milchbauern steigt und macht den Molkeleuten Angst. Für August und September haben sie bereits Preise um die 30 Cent angekündigt, die sie eigentlich gar nicht zahlen können. Gerüchten zufolge bietet „Danone“ Junglandwirten zinsfreie Kredite an, wenn sie unterschreiben, dass sie sich nicht an einem Milchstreik beteiligen. An ihrer Entschlossenheit lässt die APLI denn auch keinen Zweifel aufkommen und hofft auf eine breite Unterstützung ihrer deutschen Kollegen „Dieses Jahr startet Frankreich mit dem Milchstreik. Und zusammen repräsentieren Deutschland und Frankreich 50% der europäischen Produktion“, so André Lefranc, Koordinator der APLI im Departement Manche. *mm*



starten die Bauern ihre Öffentlichkeitsarbeit. Beschriftete Planen auf ihren Feldern und Höfen verkünden: „Hier wird bald gestreikt und Milch verschenkt!“ Generell versuchen die französischen Milchbauern in einen engen Austausch mit den Verbrauchern zu gelangen. Auf Märkten sind Milcherzeuger der APLI anwesend und geben an Ständen neben Informationen

Kurzes am Rande

Generalversammlung für Mindestmilchpreis

Mit über 90-prozentiger Zustimmung wurde bei der Generalversammlung der zur Breisgaumilch gehörenden Milch-Erzeugergemeinschaft Ortenau (MEG) eine Satzungsänderung beschlossen. Danach soll von der Generalversammlung ein Mindestmilchpreis festgelegt werden können, der an die Mitglieder auszuzahlen ist. Die Satzungsänderung zielt darauf ab, Vorgaben des Milch Boards umzusetzen, falls dieses zukünftig in Verhandlungen mit der Molkereiseite auf nationaler Ebene über einen festzusetzenden Mindestmilchpreis treten sollte. Dies erklärte der in seinem Amt bestätigte MEG-Vorsitzende Anton Walter bei der Versammlung in Weierbach. Bedenken des Genossenschaftsverbandes beeindruckten Walter nicht. Der Verband ist der Auffassung, dass die Milchpreisfestsetzung Aufgabe der Geschäftsführung und nicht der Vorschaltgenossenschaft sei. *pm*

Eiweißpflanzenanbau hier

Die Unternehmen Agerland und Limagrain stellen in den Niederlanden Versuche an, ob der heimische Eiweißpflanzenanbau von Ackerbohnen, Soja und Lupinen mit den Soja-Importen konkurrieren könnte. Ähnliche Versuche in den achtziger Jahren waren zu Beginn der Neunziger abgebrochen worden, nachdem die Importbeschränkungen für Soja weggefallen waren. Mittlerweile importiert Holland 70 % der pflanzlichen Eiweiße. Laut niederländischem Ackerbau-Fachbund (NAV) bedeuten mehr Eiweißpflanzen in der Fruchtfolge weniger Getreide und damit höhere Getreidepreise. *pm*

Milchkombinat im Unesco-Erbe

Gegen den Bau eines „agrarindustriellen Milchkombinats“ im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin wehren sich eine Bürgerinitiative in Schmagendorf und die Stadt Angermünde. Drei niederländische Agrarindustrielle um den Antragsteller Dobbe, gleichzeitig potentielle Investoren für eine Schweine-Agrarfabrik in Klein Ziethen, wollen den vorhandenen Kuhstall auf eine Anlage mit 1.450 Kühen „ausbauen“. Weidegang ist nicht möglich, das Futter soll über eine Mais-Monokultur bereitgestellt werden. Die fehlende Fruchtfolge würde den Maiszüchtlern und so den politischen Druck in Richtung Gentechnik-Mais begünstigen. Die Milch soll an den Direktvermarkter Hemme gehen und an Humana – beide werben mit einer besonderen Qualität ihrer Produkte, auch im Hinblick auf Umwelt und Tierschutz. Auch an einigen anderen Standorten gibt es Pläne zum Ausbau von Riesen-Kuhställen. Diese werden zu den bestehenden Niedrigst-Milchpreisen nicht kostendeckend arbeiten können, tragen aber mit ihren Expansionsplänen zur Milch-Überschuss-Misere bei. *pm*

Ziegen-Agrarfabrik

Heftige Proteste hat der Plan des Käsefabrikanten Petri hervorgerufen, in einem Landschaftsschutzgebiet bei Polle (Weserbergland) die größte Anlage für Milchziegen mit 7.500 Plätzen zu bauen. Tierschutzverbände kritisierten die nicht tierartgerechte Haltung, die keinen Auslauf zulässt. Die AbL wies darauf hin, dass durch diese agrarindustrielle Konkurrenz die Existenz der 300 niedersächsischen Ziegenhalter (mit insgesamt 10.000 Tieren) bedroht werde, und forderte die niedersächsische Landesregierung auf, ihren Kurs zur Förderung von Massentierhaltung und Agrarfabriken aufzugeben. Das Land hatte dem Investor die Domäne Heidbrink verkauft, die mit dem Investor gut bekannten Umweltminister Sander und Agrarminister Ehlen hatten ihm die millionenschwere Förderung einer Extra-Abwasserleitung zugesagt. *en*

Tierärzte für Milchbauern

Die Bundestierärztekammer (BTK) erklärt sich im Kampf um höhere Preise mit den Milchbauern solidarisch. Eine Erhöhung des Milchpreises sichere nicht nur das Mindesteinkommen der Tierhalter, sondern vermindere auch den Druck zur weiteren Leistungssteigerung mit gesundheitlichen Folgen für die Kühe, so die BTK. Die Nutzungsdauer der Kühe sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken, was vor allem an der Belastung des Stoffwechsels durch stetige Leistungssteigerungen liege. Diese seien eine Reaktion auf das Absinken der Milchpreise. „Eine solide finanzielle Basis der Milchbauern ist die beste Voraussetzung dafür, dass der Tierschutz und die Tiergesundheit bei Zucht und Haltung ausreichend Berücksichtigung finden können“, erläutert Prof. Dr. Theo Mantel, Präsident der BTK. „Um den Betrieben ein wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen, ist eine Anhebung des Milchpreises unumgänglich“, so Mantel. *mh*

Keine Bauern-Hilfe

„Bauernhilfe e.V.“ nannten die Rechtsextremen des „Collegium Humanum“ um den Ex-NPD-Anwalt Horst Mahler eine ihrer Organisationen – offenbar um ein Verbot ihrer Organisation zu unterlaufen. Beide verfassungswidrigen Vereine wurden jetzt wegen Leugnung der Nazi-Judenvernichtung, wegen Verherrlichung von Nazigrößen und Verunglimpfung der demokratischen Staatsordnung verboten. *pm*

Schweinerei in Hannover

Eine Bürgerinitiative wehrt sich seit längerem beharrlich gegen die Pläne des Pharmakonzerns Boehringer Ingelheim, im Stadtgebiet Hannover eine Impfstoff-Versuchsanstalt mit 200 Großvieheinheiten (Schweinen und Rindern) zu bauen. Die Wohnbebauung beginnt im Dunstkreis der geplanten Anlage, die zum Teil mit hochinfektiösen humanpathogenen Erregern in der biologischen Sicherheitsstufe 3 arbeiten soll und damit im Störfall eine große Gefahr der Anwohner bedeuten würde. Die Stadt Hannover unterstützt Boehringer, die Landeskirche hat dem Unternehmen – trotz Protesten der Gemeindeglieder – das Grundstück verkauft. In Tübingen hatten Anwohner zuvor die Ansiedlung verhindert. *en*

Agrarfabrik-Verteidiger

Während die CDU in Sachsen-Anhalt darüber nachdenkt, durch neue Gesetze gegen das Vordringen agrarindustrieller Mega-Anlagen anzugehen, stellte sich der Vorsitzende des Agrarausschusses Mecklenburg-Vorpommern Lietz (CDU) demonstrativ am Ort der geplanten Sauen- und Ferkelfabrik Alt-Tellin hinter den niederländischen Multi-Investor Straathof. Der Verweis auf die zu erwartenden (Billigst-) Arbeitsplätze durfte nicht fehlen, ebenso das Verschweigen der Tatsache, dass durch solche Agrarfabriken nicht nur viel mehr Arbeitsplätze in mittelständischen und bäuerlichen Schweinebetrieben kaputt gemacht werden und das Image der Landesprodukte schwer gefährdet wird. Vor Ort in Alt-Tellin gingen die Proteste der Bürgerinitiativen weiter, u.a. mit einem Samba vor der Daberkower Landhof AG, dem Verkäufer der Bauflächen an Straathof. *en*

Abhängig und unrentabel

Viele Hähnchenmäster können nicht von ihrem Betrieb leben, so die Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Ein Drittel könne nicht einmal ihren Lohnanspruch und auch ihre Ausgaben nicht voll erwirtschaften. Zwischen Juli 2007 und Juni 2008 seien die Hähnchenpreise nur um 11% gestiegen, das Futter – mit 70% an den Kosten beteiligt – sei dagegen um 23% teurer geworden. Zwar sei das Futter zwischenzeitlich wieder billiger geworden, gleichzeitig hätten sich aber die Preise für Energie und Stallbauten erhöht, so dass der Kostendruck insgesamt sogar noch größer geworden sei. Der Einstieg in die Hähnchenmast, der unter anderem vom Bauernverband propagiert wird, müsse daher gut überlegt werden. In der Stellungnahme der Kammer fehlt der Hinweis, dass die meisten Hähnchenmäster als Quasi-Lohnmäster voll abhängig von Integratoren wie „Wiesenhof-Wesjohann“ oder Rothkötter sind, von denen sie die Auszahlungspreise diktiert bekommen und denen sie Kühen und Futter abnehmen müssen. Die Hähnchenmast ist deshalb ein riskantes „Cent-Geschäft“, das allenfalls beim Bau mehrerer Ställe Hoffnung auf ein ausreichendes Einkommen verspricht. Gegen den Bau dieser agrarindustriellen Anlagen wehren sich bundesweit viele Bürgerinitiativen, vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. *en*

Mindestlohn in Schlachtkonzernen

Dänische Schlachtkonzerne lassen ihre Schweine zunehmend in Deutschland schlachten, weil die Löhne hier viel niedriger sind. Die Fachkräfte in dänischen Schlachthöfen erhalten Stundenlöhne von rund 20 Euro, deutsche Schlachter dagegen nur 5 bis 9 Euro. Der dänische Schlacht-Monopolist Danish Crown hat bereits 2.600 Mitarbeiter entlassen. Gegen diese Dumpinglöhne fordert die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten flächendeckende Mindestlöhne in deutschen Schlachthöfen von 7,50 Euro. Auch Heinz Schweier, Direktor des Vion-Fleischkonzerns, befürwortete einen Mindestlohn in der fleischverarbeitenden Industrie von 9,50 Euro. Das solle das angeschlagene Image der Branche verbessern und die massiven Nachwuchsprobleme der Branche mindern. *pm*

Kurzes am Rande



Kartoffelkönigin auf britischem Thron

In Großbritannien darf Linda ab sofort gehandelt und angebaut werden

„Dass das Vereinigte Königreich der Königin der Kartoffeln wieder zum Leben verhilft, gibt der Auseinandersetzung um Linda eine besondere Geschmacks-Note“, sagt Karsten Ellenberg, Bauer und Kartoffelzüchter aus dem niedersächsischen Barum. Er und der Linda-Freundeskreis freuen sich über einen großen Etappensieg im Ringen um den Erhalt der mittlerweile zu Kultstatus gelangten Kartoffelsorte. Denn mit den klangvollen Worten „Ich freue mich ihnen mitteilen zu können...“ beginnt ein Brief des zuständigen Ernährung- und Umweltinstituts in Schottland an die Linda-Freunde rund um Ellenberg und AbL-Geschäftsführer Georg Janßen. Man werde Linda in Großbritannien zulassen und auf die nationale Sortenliste setzen, so heißt es dort weiter. „In dieser Auseinanderset-

zung lohnt ein langer Atem“, fasst Janßen zusammen und sagt, dass es schließlich Sache der Verbraucher sei, zu entscheiden, was sie auf ihrem Teller haben, und Sache der Bauern, das dann anzubauen. Jedenfalls sei es nicht in Ordnung, dass ein Züchtungsunternehmen wie Europlant nur aus Profitgründen eine Kartoffel vom Markt nehmen könne. Der Rechtsanwalt der Linda-Freunde und SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch sieht durch die Zulassung von Linda in Großbritannien auch positive Konsequenzen für eine Wiedezulassung in Deutschland. „Linda muss auch in Deutschland wieder als Pflanzgut gehandelt, vermehrt und geerntet werden können“, so Miersch. Man darf gespannt sein, wie das deutsche Bundessortenamt reagiert. *cs*

Günstiger mit Ökostrom

AbL-Bayern vereinbart einen Rahmenvertrag für Landwirte

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Bayern setzt auf Ökostrom. Gemeinsam mit dem Anbieter für Ökostromtarife „Lichtblick“ haben sie für ihre Mitglieder ein Vertragsmodell ausgearbeitet, das sonst nur Großkunden zur Verfügung steht, so der Geschäftsführer Andreas Rimmelberger. „Jedes Mitglied kann sich ein unverbindliches Angebot erstellen lassen und kann dann selbst entscheiden, ob er zu atomkraftfreiem Strom wechselt.“ Mit der Aktion unterstützt die AbL Bayern die Nutzung regenerativer Energien wie Wasser, Biomasse, Wind und Sonnenenergie. Viele Bäuerinnen und Bauern seien zudem nur deshalb noch Mitglied im Bauernver-

band, weil sie glauben, dass sie dadurch den benötigten Strom billiger beziehen könnten, so Rimmelberger.

Zur Zeit seien die Preise für Strom an den Großmärkten sehr günstig, so dass die Tarife für „regenerativen Kohlendioxid-freien Strom“ zumindest nicht teurer seien als für Atom- oder Kohlestrom. Lichtblick hat eine Strommenge beschafft, mit der landwirtschaftliche Einrichtungen bis Ende 2011 oder, wenn gewollt, bis 2012 zu festen Konditionen versorgt werden könnten, erklärt Hans Neumeyer, Gebietsleiter bei Lichtblick. Danach werde neu verhandelt. Weitere Infos bei Hans Neumeyer, Tel: 08051/ 96156-64, Fax 08051/ 96156-70; hans-neumeyer@t-online.de *mh*

Betriebsspiegel:

Bioland-Betrieb bei Münster in Nordrhein-Westfalen
48 ha Nutzfläche,
davon 22 ha Grünland
32 Milchkühe mit Nachzucht
50 Hühner
Kartoffelanbau, Getreide, Feldfutter
eigener Hofladen

Dumm gelaufen. Jetzt habe ich mich doch tatsächlich aufstellen lassen für die Kommunalwahl als Kandidat der Grünen für einen Wahlbezirk. Dabei wollte ich doch eigentlich austreten. Es wird so viel geredet, so viel gefordert. Sei es zum Thema Klimawandel oder aktuell vor Ort der Bau eines

Der Milchpreis ist auf einem historischen Tief und bis vor Kurzem konnte ich mir die Auswirkungen davon nicht einmal vorstellen. Die Milchmenge steigt unaufhörlich an und genauso unaufhörlich sinkt der Preis. Kollegen schufteten rund um die Uhr, um über die Runden zu kommen, verlassen erst spät den Stall und haben keine Zeit mehr, Kontakte zu pflegen. Schuld daran ist einzig und allein die Menge, denn die Lager sind bis zum Rand gefüllt.

Doch der Handel und die milchverarbeitende Industrie scheinen kalte Füße zu bekommen. Einen erneuten Milchstreik fürchten sie mehr als der Teufel das Weihwasser und zünden deshalb immer häufiger Nebelkerzen an, die uns den klaren Blick auf die Milchmenge am Markt verschleiern. Mal ganz ehrlich, wie soll der Milchpreis steigen, wenn keiner die Milchproduktion zurück fährt? 10 bis 15 Prozent Amokmelker zerstören uns den Preis und das darf nicht sein! Eine flexible Mengenregulierung wäre die Lösung. Wir müssen weg von der Ellenbogenmentalität. Die einzelbetriebliche Milchmenge gibt einem die Lizenz zum Melken, außerdem bringt sie betriebliche und familiäre Planungssicherheit und somit Liquiditätssicherheit auf den Betrieben, die wir alle so dringend benötigen. Mit der Milchquote haben wir automatisch einen Außenschutz von ca. 95 Prozent. Ein Mechanismus, der uns vor Milchimporten schützt. Würde dieser Außenschutz aufgelöst (Quotenende), käme die Milch aus den Ländern, die billiger als wir produzieren können. In diesen Ländern wird schon heute mit billigsten Arbeitskräften, Tagelöhnern, minimalen Produktionsauflagen Milch erzeugt. Die „Brasilianisierung“ nähme immer

Hähnchenstalls für 40.000 Tiere: „Wir fordern, dass der Stall nicht gebaut wird. Wir fordern, dass die Stadt den Bau nicht genehmigt.“

Was sagt Paul-Heinz Wesjohann dazu, dessen Firma Wiesenhof mit einem Ausstoß von mehreren Hundert Millionen Hähnchen pro Jahr drittgrößter Geflügelproduzent Europas ist: „Ich habe nichts gegen Weltverbesserer, aber die nötige Konsequenz fehlt.“

Ein anderer Akteur, der Bauernverband, ist da nicht besser: „Wir fordern Unterstützung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, wir fordern Hilfen für die Milchbauern, wir fordern Abbau von Beschränkungen.“ Aber was will er? Keine klare Linie. Er schielt nach

der Gentechnik, ob sie nicht doch vielleicht den Segen bringt, er steht für Wachstum und Strukturwandel, für globales Mitmischen, denn der Weltmarkt bietet alle Chancen.

So geht es immer weiter und auf den Dörfern läuft es doch eigentlich untereinander, oder?

Eben nicht, das Wachstum der „Zukunftsbetriebe“ geht immer schneller, der Abstand zu den bäuerlichen Betrieben wird größer. Gelebt wird die reine Lehre der Betriebswirtschaft, solange man auf der Gewinnerseite ist und mitkommt. Diese Entwicklung gibt es in der Natur so nicht. Sie wächst nur bis zu einem gewissen Maß, dann entwickelt sie sich und reift. Ungebremstes

Wachstum gibt es nur beim Krebs. Die Natur kennt nur kleine autarke Zellen die, untereinander voll vernetzt, Großes bewegen.

Aber zurück zum Grundübel: fordern, für mich das Unwort des Jahres.

Fordern heißt von anderen etwas verlangen, wir erwarten, dass sie reagieren, sich verändern in unserem Sinne. Dazu brauchen wir aber nichts zu tun, nur meckern.

Das bessere Wort ist fördern, das heißt, wir tun etwas aktiv, indem wir konsequent sind und uns bewegen. Wir ändern und erwarten es nicht von anderen.

Ein Imperium wie Wiesenhof und die Denkweise ihres Chefs funktioniert nur, weil die Verbraucher zwar fordern, aber nicht fördern (das heißt konsequent andere Strukturen unterstützen). Große Worte, aber wie heißt es so schön: An ihren Taten werdet ihr sie erkennen.

Was fördert der Bauernverband? Das Wachsen, freie Märkte, Strukturwandel, Agrarunternehmer. Keine Bewegung vor Ort, keine gelebten Nachbarschaften, eher Konkurrenzdenken auf dem Lande.

Also austreten. Aber warum noch mit den Grünen? Weil ich merke, dass Menschen mitmachen, die gemeinsam hier vor Ort etwas verändern wollen, nicht global, sondern vor den eigenen Füßen, auch parteiübergreifend, ohne groß darüber zu reden. Menschen, die sich bewegen.

Johannes Deventer

Fördern statt fordern**Ich bin dabei!**

weiter zu, wenn wir nichts ändern. Bei Wegfall der Quote produziert derjenige Milch, der über entsprechendes Kapital verfügt. So z.B. finanzstarke Industrielle, die ein Abschreibungsobjekt suchen und langfristig von der steigenden Weltbevölkerung profitieren. Die EU-Kommission und die Regierung der einzelnen Länder haben viel mehr Angst vor einem erneuten Milchstreik, als wir Milchbauern. Es droht ihnen der Gesichtsverlust, denn sie müssten über ihren eigenen Schatten springen und Fehlentscheidungen würden erneut aufgezeigt werden.

Bei einer Überlieferung droht die Superabgabe. Viele Betriebe werden aus diesem Grund bereits vor Quotenende die Milch ohne Effekt auf einen kostendeckenden Erzeugerpreis laufen lassen. Kalkuliert Eure Anlieferungsmengen! Die Kollegen aus Holland mussten vergangenes Jahr kurz vor dem neuen

Quotenjahr ihre Milchmengen innerbetrieblich verwerten. Das hatte allerdings keine Auswirkung auf den von uns benötigten kostendeckenden Milchpreis.

Es ist nicht verwunderlich, dass die jetzige Bundesregierung die Vereinbarungen vom Milchgipfel 2008 nicht eingelöst hat. Sie hatte wohl auf den über 60zig-jährigen Bauernverband gehört und somit eine Misere ausgelöst. Bereits vor einem Jahr hatten 10.000 Milchbauern in Berlin mit einer eindrucksvollen Demonstration auf das kommende Desaster hingewiesen. Leider setzte der Bundesrat ihre Forderungen nicht um. Er trägt die volle Verantwortung für das jetzige Milchchaos. Deshalb müssen wir uns in schwierigen Zeiten auf die eigentlichen Werte konzentrieren, die Existenz unsere Familienbetriebe schützen und der Zerstörung Einhalt gebieten. Das, was Gene-

rationen von Bauern mit ihrer Hände Arbeit aufgebaut haben, ist unser Rückgrat. Wir müssen dafür kämpfen. Wenn Politiker und Verbände nicht mehr in der Lage sind, Missstände zu beheben, müssen wir unser Schicksal selber in die Hand nehmen und von der Basis aus Druck machen.

Es ist kurz vor Zwölf und dies wird eine unserer letzten Chancen sein...!!! Ich bin dabei!!!

Heinz-Rudolf Schwamborn

Betriebsspiegel:

Betrieb im Bergischen Land,
bei klarer Sicht mit Blick auf den
Kölner Dom
70 Milchkühe mit Nachzucht,
10.000 kg Herdenleistung
65 ha, davon 16 ha Silomais

Smithfields Wildwest-Eroberung des Ostens

US-Fleischkonzern expandiert in Polen und Rumänien

Etwa eine Million Sauen hält der Smithfield-Fleischkonzern in den USA, als Teil eines riesigen Komplexes von Futtermittelwerken, Zuchtfirmen, Schlachthäusern, Fleischfabriken, Kühllhäusern und Exportfirmen. Durch die Industrialisierung der Schweinehaltung ist die Zahl der Sauenhalter in den USA von 667.000 im Jahr 1980 auf weniger als 67.000 gesunken. Eine Smithfield-Sauenanlage in Mexiko steht unter dem Verdacht, Ursprung des Schweinegrippe-Ausbruchs zu sein. Nun bedroht die Expansion des Multis die osteuropäische Landwirtschaft.

Als wesentlichen Grund für das Eindringen in europäische Märkte nennt die *New York Times* die nachlassende politische Unterstützung durch die von Smithfield bisher massiv gesponserten Politiker in den USA. Nachdem bei Hurrikans mehrere Smithfield-Güllelagunen in North Carolina überliefen und die Proteste gegen Umweltverstöße allerorten zunahmen, sind die Auflagen für Smithfield-Anlagen schärfer geworden. Nur mit Mühe konnte der Konzern ein Gesetz verhindern, das die Fleischverarbeiter zwingen sollte,

ihr Fleisch auf offenen Märkten zu kaufen, also nicht mehr direkt von den eigenen Farmen zu beziehen.

So expandiert Smithfield nunmehr nach Polen und Rumänien, begünstigt durch schwache wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen, Korruption, Polit-Patronage und EU-Fördermittel. In Rumänien betreibt Smithfield bereits große Fleischfabriken, fast 40 Sauen-Anlagen und Ackerbau auf 50.000 ha. In Polen stehen bei Smithfields Schlachtereie Animex schon 500 Landwirte unter Vertrag. Parallel dazu sank die Zahl der Sauenhalter in Polen seit 1996 von damals 1,1 Millionen auf 500.000, in Rumänien sogar von 477.000 auf 52.000.

Lobbying und EU-Fördermittel

Eine polnische Bürgermeisterin beschreibt das Smithfield-Vorgehen als „Eroberung des Ostens mit Wildwest-Methoden“. Der Konzern hat sich die Unterstützung wichtiger Politiker gesichert, z. B. die des Bukarester Geschäftsmanns und ehemaligen US-Botschafters Nicholas Taubman oder die des Architekturbüros des ehemaligen

Ministers Gheorge Seculici. Die US-Firma McGuireWoods, die zuvor drei Jahre lang Repräsentantin Rumäniens beim Antrag auf die NATO-Mitgliedschaft gewesen war, betätigt sich als Smithfield-Lobbyist. Smithfield kassierte jährlich etwa 18 Millionen Euro aus dem rumänischen Programm zum Aufbau der Sauenhaltung, außerdem 300.000 Euro Flächenprämien und 200.000 Euro aus Gründungs-Förderprogrammen der EU.

Erster Widerstand

Aber die Auswirkungen der Agrarfabriken auf Umwelt und Klima werden in der rumänischen Region Timis zunehmend kritisiert, trotz der Rolle Smithfields als Arbeitgeber, Steuerzahler und Sponsor in der armen Region. Nach Ausbruch der Schweinepest 2007 wurde Smithfield als Verbreiter der Seuche beschuldigt, nachdem der Konzern seine Sauen in mehreren Farmanlagen eingestallt hatte, die noch nicht genehmigt und zudem überbelegt waren, so dass für viele Ferkel keine geeigneten Ställe bereit standen.

Als Smithfield dennoch 11,5 Millionen

Euro aus dem EU-Seuchen-Entschädigungsfonds für 67.000 gekeulte Sauen beanspruchte, stellten sich selbst regionale Behörden mit dem Hinweis auf Smithfields unzureichende Seuchenvorbeugung quer. Vertreter der EU-Kommission konstatierten mangelhafte Berichterstattung und fehlende Vorkehrungen beim Verkehr zwischen den Anlagen. Schließlich wandte sich Smithfield an den Agrarausschuss-Vorsitzenden des rumänischen Parlaments, der setzt sich nun für eine Gesetzesänderung ein, welche die Zahlung der Seuchen-Entschädigung auch im Falle einer Missachtung von Sicherheitsmaßnahmen möglich macht. Und aus noch einem EU-Topf speisen sich Smithfields Profite: aus dem für Exportsubventionen. Allein die Smithfield-Schlachtereie Animex kassierte nach Aussagen polnischer Agrarexperten mehr als 3 Millionen Euro, für Schweinefleisch-Exporte unter anderem nach Liberia, Äquatorial-Guinea und Elfenbeinküste. Das Ende dieses Dumpings würde Smithfield und seine agrarindustriellen Nachahmer in Europa empfindlich treffen.

Ecki Niemann

Der Duft der großen, weiten Welt

Die Frage, wie man dem Ebergeruch tierfreundlich beikommt, bewegt inzwischen die ganze Branche

Es war der Startschuss für Debatten, Willensbekundungen, Unmöglichkeitserklärungen, schnelle Vorstöße und große Bedenken – es hat sich etwas bewegt, seit vor einem guten Jahr Neuland, begleitet von einer Kampagne des deutschen Tierschutzbundes, damit begonnen hat, männliche Ferkel nur noch mit Betäubung und unter Gabe eines Schmerzmittels zu kastrieren. Ganz schnell gerieten Fleischbranche, Bauernverband und Sauenhalter in Aufruhr, nachdem auch in den europäischen Nachbarländern, allen voran die Schweiz und die Niederlande, das Thema Wellen schlug. So akzeptieren niederländische Handelsketten nur noch Fleisch von unkastrierten oder unter Betäubung kastrierten Tieren, nicht zuletzt deshalb baut der nordrhein-westfälische Fleischverarbeiter Tönjes mit Sauenhaltern aus den Niederlanden, NRW und Niedersachsen derzeit eine Eberfleischschiene auf. Dabei ist die sogenannte elektronische Spürnase, die im Schlachthof den Ebergeruch ausmachen soll, noch nicht serienreif. In einem Großbetrieb wie Tönjes hofft man offenbar, die Eber über die Wurst – Geruch hin oder

her – unterbringen zu können, ohne die Verbraucher aufzubringen.

Eber für Große

Die Ebermast wird jedenfalls von den meisten Beteiligten der Szene – Bauernverband, Tierschützer, auch die Bioverbände, Handel und Verarbeitung – als Königsweg angesehen, in dessen Entwicklung am meisten Energie fließen sollte. Ein Forschungsprojekt des Bundeslandwirtschaftsministeriums befasst sich nicht nur mit der Entwicklung der elektronischen Spürnase, sondern auch mit einem Zuchtprogramm, das der genetischen Veranlagung zum Stinken mittels Auslesekreuzungen beikommen soll. „Das Dumme ist nur, dass der Ebergeruch mit der Fruchtbarkeit korreliert“, erklärt Jochen Dettmer, Neuland-Vorstand und selbst Schweinehalter. Er sieht eine gewisse Mogelpackung in dem hektischen Hochhalten der Ebermast als schnelle Lösung. Es werde noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, bis die Ebermast in großem Stil praxistauglich sei und bis dahin sei der Neuland-Weg einer Gas-Betäubung mit Isofluran das tierfreundlichste Modell, so Dettmer.

Umso mehr erstaune es ihn, dass es auf so wenig Interesse in der Branche stoße. Stattdessen mache das konventionelle Fleisch-

QS seit April

die Vorgabe, Schmerzmittel zu verabreichen, trotzdem darf unbetäubt geschnitten werden – eine Alibiveranstaltung. Das wird ab 2011 nicht mehr reichen, um die Fast Food-Ketten McDonalds und Burger King zufrieden zu stellen, die dann nur noch unkastriertes Fleisch wollen. Also wird auch hier die Ebermast eine entscheidende Rolle spielen. Solange es aber keine serienreifen Detektoren zur „Stinkererkennung“ gibt, fördert dies starke Setzen auf Ebermast statt auf betäubte Kastration große Strukturen im Verarbeitungsbereich. Nur hier lassen sich Stinker schnell wegdrücken, für selb-



Stinker sicher erkennen.

Foto: ©BLE, Dominic Menzler

ständige Metzgereien ist das Risiko zu groß, plötzlich Wurst machen zu müssen, statt Filet in die Theke legen zu können. Deshalb ist für Neuland als Qualitätsprogramm für Metzger der Weg über die betäubte Kastration der Bessere, zumal mindestens in Niedersachsen die Angelegenheit zum „Alltagsgeschäft“ geworden ist, so Berater Bernd Kuhn. Auch die finanzielle Kalkulation von 3 Euro pro Ferkel mehr, ist in Kuhns Rechnungen mehr als aufgegangen. „Man braucht eher etwas weniger.“ Angesichts niedriger Ferkelpreise ist das nicht die schlechteste Bilanz.

cs

Getreide: „Die Menge macht den Markt“

Die Preise sind abgerutscht und decken kaum mehr die Kosten

„Wir haben uns nur ein blaues Auge geholt“, sagt Stefan Palme, Geschäftsführer eines ökologischen und 1.100 Hektar großen Ackerbaubetriebs, eine GbR, in Brandenburg. Die Preise für Dinkel und Roggen haben sich in diesem Jahr halbiert und sind laut Palme „nicht tragbar“. Dennoch hätte die gute Ernte noch etwas von den Verlusten ausgleichen können. „Könnte sein, dass dieses Jahr ein

stendeckend zu produzieren“, sagt Gerhard Portz, konventioneller Ackerbauer in Rheinland-Pfalz.

Klaus-Dieter Schumacher ist Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung bei dem Getreideunternehmen Toepfer International. Seine erste Erklärung für die niedrigen Preise: Bei etwas geringerer Nachfrage seien die Ernteträge mit Ausnahme von Argentinien weltweit sehr gut. „Die Menge macht

bei Weichweizen auf den Markt drücke und keine Zeit verloren werden dürfe, um umgehend auf den Exportmärkten präsent zu sein. Das USDA geht davon aus, dass 2009/10 die Weizenexporte der EU-27 um 4,5 Mio. t auf 20 Mio. sinken. Das Getreide zurückhalten und damit das Angebot vorläufig verknappen, empfiehlt in der Ukraine Ministerpräsidentin Julia Timoschenko angesichts der „unannehmbaren



Getreideanbau: hochtechnisiert und durchrationalisiert. Trotzdem voller Verluste

Foto: Dott

Minusjahr wird“, sagt Franz Joachim Bienstein, der einen konventionellen 330 Hektar großen Ackerbaubetrieb in Mecklenburg-Vorpommern bewirtschaftet. Keiner könne Gerste für neun Euro die Dezitonne produzieren.

Die Kosten sind gestiegen. „Für Düngemittel wird 300 Prozent mehr gezahlt“, sagt Bienstein. Axel Wilhelms von der Landberatung Lüneburg verweist auf eine ihrer Vollkostenermittlungen. Ausgehend von durchschnittlichen Erträgen müsse demnach Gerste mindestens 13,1 Euro die Dezitonne einbringen, um die Kosten zu decken; Weizen 13,9 Euro oder Roggen 12,7 Euro. Dabei wird Roggen schon für unter acht Euro die Dezitonne verkauft. Wilhelms weist darauf hin, dass bei dieser Vollkostenrechnung die Agrarzahungen und Pachtpreise nicht berücksichtigt sind. Letzteres habe sich in den vergangenen zwei Jahren fast verdoppelt, sagt Stefan Palme über seine Region. „18 Euro für eine Dezitonne Weizen sei nötig, um ko-

den Markt“, vermutet auch Wilhelms. Untergeordnet genannt wird der Einfluss von Börse und Spekulationen oder Bioenergie.

Produktion liegt über Verbrauch

Die weltweite Produktion der Hauptgetreidearten Weizen, Mais und Reis kann zwar das letzte Rekordjahr nicht toppen (1.917 Mio. t), verzeichnet aber im laufenden Wirtschaftsjahr, wenn die Prognosen des USDA (United States Department of Agriculture) ungefähr eintreffen, mit 1.889 Mio. t einen stetigen Anstieg gegenüber den Vorjahren und liegt leicht über dem weltweiten Verbrauch von 1.871 Mio. t. Die Lagerbestände sind gegenüber den letzten zwei Wirtschaftsjahren von 333 Mio. t (2007/08) auf 409 Mio. t (2009/10) gestiegen. Der Handel ist im gleichen Zeitraum zurückgegangen von 244 Mio. t auf 232 Mio. t und macht, bezogen auf die weltweite Produktion, weniger als 13 Prozent aus.

Das Produktamt FranceAgriMer meldet, dass in Frankreich „ein zu hohes Angebot“

Preise für die Produzenten“.

Ein Jahr nachdem die Getreidepreise 2007 Rekorde gebrochen haben, hat die EU die Flächenstilllegungspflicht ausgesetzt und mit den Beschlüssen im Health-Check abgeschlossen. Die Anbaufläche von Weizen ist 2008 in der EU-27 prompt um 1,2 Mio. Hektar (knapp 5 Prozent) gegenüber dem Vorjahr ausgedehnt worden, meldet der Internationale Getreiderat. Bernd Voß, im Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, schlägt eine vielfältigere Flächennutzung vor, etwa durch die Förderung des Leguminosenanbaus. „Damit könnte der Anbau gesichert und fortentwickelt werden und“, so Voß weiter, „die Lücke in der Eiweißversorgung von 70 Prozent geschlossen werden.“ Außerdem reduziere eine größere Vielfalt in der Fruchtfolge den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemittel. Gerhard Portz überlegt, nächstes Jahr seine „schwächeren“ Flächen still zu legen.

Berit Thomsen

Warnung an Baywa

Als „blanken Hohn und Spott“ bezeichnet der schwäbische Bezirksverband des Bayerischen Bauernverbands die aktuellen Getreidepreise für die Erzeuger. Die Preise deckten nicht einmal die Aufwendungen für Saatgut, Düngung, Pflanzenschutz und Maschineneinsatz, geschweige denn für die geleistete Arbeit – so der Landesvorsitzende der bayerischen Erzeugergemeinschaften Leonhard Keller. Er warnte die bayerischen Genossenschaften, den Handel, die Mühlen, Mälzer und Brauereien, „die Situation schamlos auszunutzen und die Erzeugerpreise noch mehr zu drücken“. Teilweise würden Landwirte, die keine Möglichkeit zur Lagerung auf den eigenen Höfen hätten, bereits von der aufnehmenden Hand „rigoros ausgenutzt“. Die alternative Verwertung über Biogasanlagen bzw. Bioenergie versprochen derzeit zumindest eine Kostendeckung. pm

Die Kuh eine „Klimabombe“?

Verändert die Kuh das Klima unserer Erde? Was hat es damit auf sich? Ist sie eine Gefahr, welches die Konsequenz?

Durch die Haltung von Rindern werden Treibhausgase in direkter und indirekter Weise freigesetzt. Direkte Emissionen bedeuten die Freisetzung von Kohlendioxid durch die Atmung, von Methan bei der Verdauung oder von diesen beiden sowie Lachgas durch Wirtschaftsdünger. Hierbei ergeben sich Unterschiede je nachdem, ob es sich um Flüssig- oder Festmist handelt und wie dieser aufbewahrt und ausgebracht wird. Unter indirekten Emissionen werden zum einen solche verstanden, die von Weiden und Futterflächen stammen. Auch die Kohlendioxid-Emissionen aus der Rodung von Urwaldflächen für den Futteranbau gehören hier dazu. Außerdem trägt die Haltung von Rindern zur Freisetzung von Treibhausgasen indirekt bei, wenn fossile Brennstoffe genutzt werden wie beim Anbau von Futtermitteln, der Weiterverarbeitung sowie dem Transport der Produkte. Insgesamt wird die weltweite Nutztierhaltung (nicht nur Rinder) für 18 Prozent der gesamten anthropogenen Treibhausgasemissionen verantwortlich gemacht. Davon stammen etwa ein Drittel aus der Vernichtung von Wäldern zum Zwecke der Viehhaltung und des Futtermittelanbaus und ein weiteres Drittel aus dem Wirtschaftsdünger. Etwa ein Viertel ist auf enterische Fermentation, d.h. Methan aus der Verdauung, zurückzuführen. Vor allem bei letzterem ist Rindern der bedeutendste Anteil zuzuschreiben.

Grund des Übels

Im Wiederkäuer entsteht das Treibhausgas Methan als unvermeidliches Nebenprodukt des mikrobiellen Kohlenhydratabbaus unter anaeroben Bedingungen. Der Hauptteil entsteht bei der mikrobiellen Umsetzung im Vormagensystem, aber auch in anderen Verdauungsräumen mit mikrobieller Besiedlung wie zu etwa 10 Prozent im Dickdarm. Das im Vormagensystem gebildete Methan wird über die oberen Atemwege ausgeschieden. In dieser Besonderheit der Verdauung besteht der Unterschied zu den anderen Nutztieren, aber auch der Vorteil, den Wiederkäuer mit sich bringen: Die Fähigkeit, für den Menschen unverdauliches Pflanzenmaterial nutzbar zu machen und in hochwertiges tierisches Eiweiß zu verwandeln. Mit der Frage, wie die Freisetzung von Methan im Tier selber verhindert werden kann, setzt sich die Forschung auseinander. In Betracht gezogen werden beispielsweise veränderte Futterzusammensetzungen wie erhöhte Kraftfuttermengen oder verschiedene Zusatzstoffe. Die Beein-

flussung der Pansenprozesse mit einer nachhaltigen Verminderung der Methanbildung ist jedoch nicht voll verstanden und Wirkungssicherheit sowie Kontrollierbarkeit der Möglichkeiten sind begrenzt. Das System Pansen hat sich über Jahrtausende optimiert und einseitige Eingriffe haben oftmals Nebenwirkungen zur Folge.

Leistungssteigerung als Lösung?

Ein häufig angebrachter Diskussionspunkt ist eine Leistungserhöhung, da dadurch die Emissionen auf ein kg Milch bezogen sinken. Weniger Kühe sind nötig, um die gleiche Menge Milch

leistung steigern. Auch eine Doppelnutzung ist in der Diskussion um Potentiale der Verminderung von Treibhausgasen aus der Milchviehhaltung ein interessanter Aspekt. Eine Berechnung für das Bundesland Bayern ergab, dass bei einem vermehrten Einsatz der Doppelnutzungsrasse Fleckvieh weniger Tiere für die Produktion der gleichen Menge an Milch und Fleisch benötigt würden.

So vielseitig sich die Frage um Einflussmöglichkeiten auf die Freisetzung von Methan durch Kühe gestaltet, so komplex gestaltet sich auch die Frage, ob ökologische oder konventionelle Verfahren vor-

Bei einem derartigen Vergleich ist nicht nur die Bezugseinheit von Bedeutung, sondern auch die Datengrundlage, welche genutzt wird, um die Berechnungen durchzuführen. Diese ist vor allem im ökologischen Landbau oftmals ungenügend und ein Vergleich zum konventionellen in vielen Fällen unmöglich. Ein weiterer Aspekt derartiger Bilanzierungen sind die Systemgrenzen. Was alles wird in Verbindung mit dem kg Milch betrachtet? Zählt beispielsweise der Futtermittelanbau in Südamerika auch dazu? Da es sich um sehr komplexe Systeme handelt, werden beispielsweise oftmals die durch Landnutzungsänderungen im Ausland freigesetzten Treibhausgase außen vor gelassen. Auch die energieaufwändige Herstellung von Düngemitteln wird oftmals nicht der Landwirtschaft, sondern der Industrie angerechnet.

Einer von Vielen

Die Landwirtschaft und auch die Rinderhaltung sind ein Verursacher von Vielen. So ist in Deutschland der Energiesektor für über 80 Prozent der gesamten anthropogenen Treibhausgasemissionen verantwortlich und verfügt über erhebliche Einsparpotentiale. Betrachtet man weiterhin die Entwicklung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre, so lässt sich der deutliche Anstieg seit etwa Mitte des 19. Jahrhunderts verzeichnen. Der Klimawandel wird deshalb eindeutig mit der Industrialisierung in Verbindung gebracht. Diese hat auch in der Landwirtschaft stattgefunden, was die Frage aufwirft, was sich innerhalb des Sektors seitdem verändert hat.

Verbesserungen suchen

Im Dschungel der Nachrichten ist das Stichwort Klima täglich zu vernehmen. Und so auch in Verbindung mit Landwirtschaft. Der Klimawandel bringt zweifelsohne weitreichende, globale Veränderungen mit sich. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls sind die Industrieländer schon heute zu einer Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtet und in naher Zukunft werden auf politischer Ebene weitere Entscheidungen in diese Richtung getroffen werden. Folgen werden auf nationaler Ebene zu spüren sein und auch die Landwirtschaft sowie Rinderhaltung wird als ein Emittent zur Verantwortung gezogen werden. Die Belastung unseres Klimas kann somit zu einem weiteren Anreiz werden, das betriebseigene System so effizient wie möglich zu gestalten um das Verhältnis von Inputs und Outputs zu optimieren.

Viola Weiler, Agraringenieurin



Wir der Schwarzwald der Kühe wegen zur Wüste?

Foto: Schütz/pixelio_m

zu melken. Bei diesem Punkt ist auch zu berücksichtigen, dass eine Steigerung der Milchleistung mit einem höheren Kraftfuttereinsatz verbunden ist, welcher wiederum erhöhte Emissionen im Anbau und Transport der Futtermittel zur Folge hat. Außerdem steigt mit einer höheren Leistung das Risiko für Erkrankungen (Mastitis, Klauenkrankheiten, Unfruchtbarkeit usw.) wodurch die Nutzungsdauer sinkt. Durch eine längere Nutzungsdauer werden hingegen weniger Tiere zur Nachzucht benötigt, Kühe können ihr Leistungshoch erreichen sowie ihre Le-

teilhafter sind. Mit Hilfe der sog. Ökobilanz („LCA“ von Life Cycle Assessment) versucht die Wissenschaft, sich diesen Fragen zu stellen. Bei einer solchen Bilanzierung werden alle Umweltwirkungen, die mit der Herstellung eines Produkts verbunden sind, ermittelt und quantifiziert. Im Falle einer produktbezogenen Betrachtung (z.B. Emissionen pro kg Milch) schneidet die ökologische Milcherzeugung in einigen Vergleichen schlechter ab, was v.a. auf das geringere Leitungsniveau zurückzuführen ist. Im Falle einer flächenbezogenen Betrachtung (Emissionen pro ha) schneidet ökologisch wiederum besser ab.

Zukunft: Solarenergie und bäuerliches Biogas

Die begrenzten Perspektiven der energetischen Biomasse-Nutzung

Die Erzeugung erneuerbarer Energien wurde in den letzten Jahren dank intensiver Förderung und steigender Energiepreise zu einer „Wachstumsbranche“ – so die Zeitschrift *Agrarwirtschaft* in einem Rückblick auf die Entwicklung der Märkte. 2007 lag der Anteil der erneuerbaren Energien am deutschen Primärenergieverbrauch bei sieben Prozent, aufgeteilt auf folgende Bereiche: Wasserkraft (9,2 %), Fotovoltaik (1,6), Windenergie (17,6), Solarthermie (1,7), Geothermie (1,0), Biokraftstoffe (20,8), Biomasse/Strom (10,6) und Biomasse/Wärme (37,6).

Biogas und EEG

Eine deutsche Besonderheit ist die rasch wachsende Erzeugung von Biogas – durch Vergärung von Biomasse zu Biogas und dessen Verbrennung zur Stromerzeugung (nur z.T. mit Kraft-Wärme-Kopplung). Derzeit sind 4.000 Anlagen mit 1.400 MW in Betrieb – bis 2020 rechnet man mit 3.000 MW und der verstärkten Einspeisung von aufbereitetem Biogas in Erdgasnetze und Tankstellen. Allerdings werden die Landwirte zunehmend verdrängt durch außerlandwirtschaftliche Investoren und Energiekonzerne, die Biogas in industriellem Maßstab (Anlagen zwischen 1 und 4 MW) herstellen. Umso wichtiger ist die Novelle des EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz): Nur Anlagen bis 150 kW haben einen Anspruch auf eine Grundvergütung, nur Anlagen bis 500 kW bekommen den vollen Güllebonus (bei mindestens 30 % Gülle regelmäßig) sowie den vollen Bonus für Landschaftspflege und nachwachsende Rohstoffe („NaWaRos“). Biogasanlagen werden derzeit zu 47 % mit nachwachsenden Rohstoffen (Silomais) gefüttert, zu 41 % mit tierischen Exkrementen, zu 10 % mit Bioabfällen und zu 2 % mit industriellen Reststoffen. Derzeit setzen 90 % der Anlagen Silomais ein, dessen Kosten aber im Jahre 2007 stark stieg und den Betrieb vieler Anlagen unrentabel machte. Einige Biogasanlagenparks kamen in Schwierigkeiten, nachdem ihnen die Gerichte den für bäuerliche Einzelanlagen gedachten Bonus strichen, z.B. der NAWARO in Penkun (mit 40 Modulen à 500 kW und einem Silomais-Einzugsbereich von 60 km) oder dem Möbel-Konzern Steinhoff im brandenburgischen Felgentreu. Gegen solche Anlagen protestieren Landwirte bundesweit, weil sie die Pachtpreise nach oben treiben.



Auch aus *Jatropha* lässt sich Öl gewinnen. Die Pflanze wächst allerdings nicht in Europa, der Anbau findet im großen Stil statt. Beginn einer neuen Kolonialisierung? Foto: BP

Biofuels – Ethanol und Biodiesel

Der Anteil der biogenen Kraftstoffe lag 2007 in Deutschland bei knapp 9 %: durch Biodiesel und durch Bioethanol. Dieser Marktanteil wuchs bis 2007 durch den Beimischungszwang (der jetzt auf 6,25 % verringert wurde) und steigende Spritpreise. Dann wurde 2006 der Biokraftstoff besteuert. Und 2007 verteuerten sich die Biosprit-Rohstoffe: In der EU wird Biodiesel vor allem aus Raps gemacht (anderswo aus Soja- und Palmöl), Bioethanol aus Getreide und Zuckerrüben (in den USA aus Mais, in Brasilien aus Zuckerrohr). Aufgrund gestiegener Rohstoffkosten machten in den USA einige der größten Firmen pleite. Auch in der EU steht derzeit die Hälfte aller Biodiesel-Anlagen still, u.a. wegen subventionierter Importe aus den USA. Unklar ist deshalb auch die Zukunft solcher außerlandwirtschaftlicher Investoren – trotz heftiger Lobbyarbeit über zwei Verbände: den „Biogasrat“ (Envitec, EON, BKN, WELtec, agri.capital, KTG, NAWARO u.a.) und den Verband Deutscher Biokraftstoffhersteller (Sauter/Verbio-Gruppe, BDI, Biopetrol, EOP, Petrotec, Cargill, ADM u.a.). International machen die Rohstoff-Multis Druck: ADM, Bunge, Cargill, Dreyfus, ConAgra, Pacific Ethanol oder Zuckerkonzerne wie Südzucker – allesamt eng verbunden mit den Interessen der Gen-

technik-Konzerne an einem großflächigen Gentech-Maisanbau.

Politik, Ökonomie, Ökologie,

Trotzdem sind die großen Agrosprit-Hersteller in der Defensive: vor allem durch die Debatte um die Konkurrenz zwischen Biomasse- und Nahrungsproduktion. Die Hungerrevolten in den Metropolen des Südens machten die dramatischen Einflüsse der Biofuels auf die Welternährung schlagartig klar: Laut Weltbank verursachen sie 75 % des Preisanstiegs für Nahrung, der weltweite Anstieg des Getreidebedarfs von 57 Millionen Tonnen (von 2006/07 auf 2007/08) beruhte zu 23 Mio. Tonnen auf der Ethanolproduktion. Die Diskussion macht auch überdeutlich, dass der Hunger bei den Städtern und Bauern der armen Länder nicht durch Nahrungsimporte oder „grüne Revolutionen“ für den Export von Lebensmitteln und Bioenergie-Rohstoffen zu beseitigen ist, sondern nur durch angepasste und selbstbestimmte Strategien („Food-first“, Ernährungssouveränität, dezentrale Energiekonzepte, Vermarktungsinfrastruktur) für Kleinbauern und ländliche Regionen.

Auch ökonomisch haben Biogas- und Biofuelanlagen Probleme: Zwar steigt deren Rentabilität mit dem Preisanstieg fossiler Brennstoffe. Aber ohne hohe Subventionierung und Außenschutz

sind heimische Anlagen gegenüber Biofuelimporten nicht konkurrenzfähig. Gleichzeitig treibt die steigende Nachfrage die inländischen Rohstoffpreise für nachwachsende Rohstoffe wie Getreide, Mais oder Raps in die Höhe. Fraglich ist der Fortbestand der Förderung nach Auslauf der Verträge.

Denn die Bioenergieproduktion unterliegt einem hohen Politik- und Subventionsrisiko. Die fehlende Nachhaltigkeit der sogenannten „Bio“-Energie-Erzeugung wird da zunehmend zu einem Problem – da helfen auch keine PR-Maßnahmen für „grünen Biosprit“ oder angeblich „zertifiziertes Palmöl“ (in Malaysia z.B. ohnehin nur 6 % der Produktion). Die Expansion bei Biofuel-Rohstoffen verdrängt Kleinbauern und indigene Völker und zerstört den Regenwald. Die Klimabilanz ist negativ wegen der Emissionen bei Herstellung und Anwendung von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, bei der energieaufwändigen Weiterverarbeitung zu Bioethanol oder Rapsmethylester (Biodiesel) und bei langen Transportwegen. Zunehmend konfliktbeladen ist die Pacht Konkurrenz der Biomasseproduzenten mit den Tierhaltern, ungeklärt sind viele Auswirkungen der Biomasse-Anbausysteme auf Boden, Humus, Fruchtfolgen und Landschaft.

Nachhaltige Energie

Es gibt aber auch sinnvolle Biomassenutzung: Vor allem in der Wärmeenergieerzeugung setzen viele Privathaushalte, Unternehmen und Energieversorger auf Festbrennstoffe wie Waldrestholz, Industrieholz, Altholz und Hölzer aus der Landschaftspflege, nur zum geringen Teil auf Kurzumtriebsholz aus schnellwachsenden Plantagen oder Stroh. Sinnvoll kann auch der Einsatz von heimischem Pflanzenöl im Trecker und in dezentralen Block-Heizkraftwerken sein. Eine positive Klimabilanz hat – bei gleichzeitiger Nutzung der Abfallwärme – auch die Biogas-Verwertung von Reststoffen, wenn sie aus einer flächengebundenen und artgerechten Tierhaltung mit Kreislaufwirtschaft stammen. Erfreulich die massiven Proteste gegen Energiefirmen wie „Licht-Blick“, die Gülle aus Agrarfabriken zur Biogasproduktion verwenden wollten und diese Pläne schnell zurücknahmen. Aber der Beitrag der Biomasse bleibt begrenzt. Die Zukunft liegt eindeutig bei der Energieeinsparung und der Nutzung der Sonnenenergie – vor allem durch Anlagen auf den Dächern landwirtschaftlicher Gebäude.

Eckehard Niemann

Zwischen Kellerwald und Brüssel

Martin Häusling: Biobauer aus Nordhessen und neuer grüner Europaparlamentarier

Das Wetter ist gut. Die Sonne scheint und es ist heiß im Kellerwald. Auf dem Hof von Martin Häusling stehen die Hänger mit dem gerade gepressten Roggenstroh zum Abladen bereit. Für den Weizen müssen neue Hänger aufs Feld gefahren werden. Die Situation ist dennoch entspannt. Der älteste Sohn hat das Tagesgeschäft schon vom politisch engagierten Vater übernommen. Seit Martin Häusling für die Grünen ins Europaparlament einzog, beschränken sich seine Arbeitseinsätze auf dem 75 ha Betrieb auf die Wochenenden.

Bio von Anfang an

Seit 23 Jahren bewirtschaftet Martin Häusling den elterlichen Betrieb südlich des Edersees. Schon 1988, ein Jahr nach der Übernahme, stellte er den Betrieb auf ökologischen Landbau um. „Es gab fast niemanden, über dessen Schulter man blicken konnte. Viel unseres Handelns war damals davon geprägt, es anders zu machen“, beschreibt Häusling die Situation rückblickend. Dabei wären manche Experimente, wie er sie nennt, aus heutiger Sicht nicht nötig gewesen. Der Versuch, immer weiter zu diversifizieren, zum Beispiel. Nach dem erfolgreichen Beginn einer Direktvermarktung versuchte man auf dem Kellerwaldhof trotz geringer Niederschläge im Sommer und schwerer Böden, Gemüse anzubauen. Auch mehrere Hektar Kartoffeln wurden angebaut. Damals war das Angebot an Bioware knapp und die Preise dementsprechend hoch. Schon bald aber konkurrierte man mit Betrieben aus den besseren Ackerbaustandorten. Heute dreht sich auf dem Kellerwaldhof alles um die Milchkühe. Sie sind die zentrale Säule des Betriebs. Die Milch wird an die Upländer Bauernmolkerei geliefert, die Martin Häusling als Einer der Ersten belieferte. Ein Teil wird in der Hofkäserei verarbeitet. Im Sommer, der silofreien Zeit, wird Bergkäse gemacht. Im Winter sind es Weich- und Frischkäse, die neben dem Hofladen über Wiederverkäufer abgesetzt werden. Der Hofladen ist fest etablierter Bestandteil des Betriebs. Die Spezialität der Region, „die Aahle Wurst“, Rindfleisch und Käse kommen vom eigenen Betrieb, der Rest

wird über den Großhandel bezogen. Das Gemüse kommt vor allem von befreundeten Betrieben aus der Umgebung.

Als klassischer 60er Jahre Aussiedlerhof besitzt der Hof deutlich weniger Charme als eine Fachwerkscheune mit Backsteinmauer. In der Bewirtschaftung ist er dafür weit überlegen. In der ehemaligen Scheune wurde ein Tretmiststall gebaut. Auch so ein Experiment, denn die den Kühen ebenfalls zur Verfügung stehenden eingestreuten Liegeboxen werden bevorzugt und verbrauchen dazu noch deutlich weniger Stroh.

ein und wird fachpolitischer Sprecher für Landwirtschaft, Forsten, Jagd, Europa, Verbraucherschutz.

Der Schritt nach Europa bringt viele Veränderungen mit sich. Nicht nur, dass der Betrieb weitgehend ohne den gelernten Agrartechniker auskommen muss. Auch die inhaltlichen Themen verschieben sich. In seiner Bewerbungsrede nannte der neue EU-Parlamentarier allem voran die Notwendigkeit der Qualifizierung der Agrarzahlgeldner. Eine Bindung an ökologische und Klimakriterien sowie den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Schlachten bekannten José Bové sitzt Martin Häusling im Agrarausschuss, dessen Koordinator er ist. Sichtlich gefallen findet er an der gegenüber der Landespolitik offenen Diskussionskultur. Die aus der Bundespolitik bekannte Festlegung auf die parteipolitische Linie ist in Brüssel aufgehoben. Vielmehr finden Diskussionen entlang der Sachthemen statt. So wurde quer über alle Fraktionen die Agrarpolitik des Ministerrats und der Kommission kritisiert und eine Reduktion der Milchmenge gefordert. Auch sollte die Quotenregelung, solange sie besteht, genutzt und nicht schrittweise entwertet werden.

Mit einer endgültigen Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon durch die Mitgliedsstaaten würden dem Parlament wichtige Mitspracherechte zufallen. Die Erhöhung der Milchquote durch die Kommission wäre davon zwar nicht betroffen, dafür hätte das Parlament Mitspracherechte bei der Verwendung der Finanzen und damit ein wichtiges Verhandlungsmoment in Händen.

Kleine und große Aufgaben

Auf sein Verhältnis zu den konventionellen Nachbarn angesprochen, stellt Martin Häusling fest: „Der ökologische Landbau ist in der Gesellschaft und auch in Europa etabliert.“ Mit der Ausnahme der Schulen, insbesondere der landwirtschaftlichen. „In der Ausbildung zum Landwirt kommt „ökologisch“ gar nicht

vor“, so Häusling. Hier sieht er auch das Problem der stagnierenden Zahlen der Umstellungswilligen. „Viele kennen ökologischen Landbau schlichtweg nicht“, beklagt er und kommt damit aus dem fernen Brüssel zurück nach Nordhessen, wo man lieber auf die Schulen für ökologischen Landbau in Bayern und Nordrhein-Westfalen verweist, als einen eigenen Zweig zu etablieren.

Für Martin Häusling gibt es unzählige derartiger Ansatzpunkte für praktische Politik. Nicht immer ist Brüssel die richtige Bühne. Aber er macht auch nicht den Eindruck, als wollte er sich im fernen Brüssel verstecken. Die Gefahr, den landwirtschaftlichen Alltag mit seinen Problemen und Forderungen an die Politik aus dem Blick zu verlieren, dürfte jedenfalls ausgeschlossen sein.



Martin Häusling zwischen seinen Kühen.

Foto: Nürnberger

Mist und Gülle werden seit 1995 in einer Biogasanlage verstromt. Dabei stand die Energieproduktion nicht im Vordergrund. Die Suche nach einer optimalen Rohstoffverwertung und die Mistaufbereitung waren ebenso bedeutsame Argumente. Mit 15 kW elektrischer Energie wird die Anlage heute oft belächelt. Dafür fügt sie sich harmonisch in den Betriebskreislauf ein, ohne mit den Kühen in Konkurrenz um Futterflächen zu treten.

Der Politiker

Als Gründungsmitglied der hessischen Grünen engagierte Martin Häusling sich in den 80er Jahren vor allem ehrenamtlich in seiner Heimatregion, dem Schwalm-Eder-Kreis. Nach einer knapp verfehlten Kandidatur als Bürgermeister zieht er 2003 in den hessischen Landtag

Ziele und Überzeugungen

Keinen Zweifel lässt Häusling an seiner Position zur Agrotechnik aufkommen. „Die Agrotechnik ist eine Richtungsentscheidung in der Landwirtschaft.“ Wenn sie einzieht ist dies eine existenzielle Bedrohung der ökologischen Landwirtschaft und mit ihr tausender Arbeitsplätze. Ähnlich ablehnend positioniert sich Häusling gegenüber Patenten auf Leben. „Es muss deutlich werden, dass es sich hierbei nicht um Glühbirnen oder Motoren handelt. Patente auf Leben dürfen nicht erteilt werden!“

Dass die Arbeit in Straßburg und Brüssel sich deutlich von der im hessischen Landesparlament unterscheidet wurde schon in den ersten Sitzungen des neuen Parlaments und dessen Ausschüssen deutlich. Gemeinsam mit dem aus zahlreichen medienwirksamen

Schaden oder nicht Schaden

Ist das Beharren auf Anhaltspunkten bei der Nachbauauskunft schon eine Sortenschutzverletzung oder nicht?

Das Verfahren läuft schon Jahre, doch Anfang Oktober könnte es nun noch einmal richtig spannend werden: Vielleicht traut sich das Oberlandesgericht München dann, in Sachen Schadensersatz Position zu beziehen. Ausgangspunkt ist die Frage, ob die Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) berechtigt ist, Schadensersatzansprüche an Bäuerinnen und Bauern zustellen, die aufgrund ihnen vorgelegter Anhaltspunkte des Nachbaus „überführt“ wurden und dann durchaus auch bereit sind, die Nachbaugebühren zu zahlen – also letztlich nicht anders handeln, als die höchstrichterlichen Urteile in Sachen Auskunft zum Nachbau nahelegen. In dem konkreten Fall in Bayern war dem Betrieb bei einer Hofkontrolle der Nachbau nachgewiesen worden. Nun sollen Schadensersatzleistungen erbracht werden, die aufgrund der angeblich begangenen Sortenschutzverletzung in Höhe der Z-Lizenzgebühr angesetzt waren. Diese würden die fälligen Nachbaugebühren, die der beklagte Bauer zu zahlen bereit ist, weit übersteigen. Dabei gibt es juristische Empfehlungen, dass die Höhe des Schadensersatzes nicht höher als die Nachbauentschädigung sein sollte. Diese Empfehlungen wollte aber das Oberlandesgericht München bislang nicht heranziehen. Nun geht es Anfang Oktober in der Verhandlung auch darum, ob das Oberlandesgericht in München eine Berufung vor dem Bundesgerichtshof (BGH) zulässt oder bereit ist, das Verfahren an den Europäischen Ge-

richtshof (EuGH) weiterzureichen. Eine höchstrichterliche Klärung – ob nun auf nationaler oder europäischer Ebene – wäre jedenfalls mehr als sinnvoll, beschäftigt doch das Schadensersatzthema mehr als ein Gericht, und sind doch die Herangehensweisen und Meinungen dazu äußerst unterschiedlich. Aber ob es zu dieser höchstrichterlichen Klärung kommen kann, ist mehr als fraglich, da sich bereits in den vergangenen Jahren eine Tendenz der unteren Instanzen entwickelt hat, Ver-

fahren immer seltener an die höheren Instanzen durchzureichen, auch wenn es durchaus von allgemeiner Bedeutung wäre, was jeweils zu entscheiden ist. Dabei war es gerade in den Nachbauangelegenheiten immer sehr erhellend und wichtig, was BGH wie auch EuGH in ihren Urteilsbegründungen an grundsätzlichen Erwägungen geäußert haben. Darauf sollte die deutsche Rechtsprechung nicht mangels Berufungsfreudigkeit verzichten wollen.

cs



Die eigene Ernte für die kommende Aussaat nutzen dürfen!

Foto: Kurt-Bouda/pixelio

Warten auf bessere politische Verhältnisse?

Vielleicht bringt der Herbst auch einen neuen Gesetzesvorschlag in Sachen Nachbaugebühren

Ist es ein Warten auf die Änderung der Machtverhältnisse in Berlin nach den Bundestagswahlen am 27. September oder fällt es Pflanzzüchtern wirklich schwer, einen neuen Vorschlag zur Erhebung der Nachbaugebühren zu entwickeln? Sie hatten ja bereits vor einem Jahr angekündigt, daran zu arbeiten, seitdem ist kaum noch etwas von ihnen zu hören gewesen. Eine gewisse Vorsicht der Züchter ist nachvollziehbar, ist doch klar, dass nach den vergangenen Pleiten mit der ursprünglichen Gesetzesgrundlage und dem Vorschlag einer Flaschenhalslösung unter Inanspruchnahme der Aufbereiter sie sich einen weiteren Fehlschuss kaum leisten können. Auch aus dem Grund, dass tote Pferde nicht zu reiten sind, scheint nun auch eine privatwirtschaftliche Vereinbarung mit den Aufbereitern, wie sie zunächst nach dem Scheitern der gesetzlich verbindlichen offenbar angedacht war, vom Tisch zu sein. Hennig Ehlers vom

deutschen Raiffeisenverband sieht die Flaschenhalslösung denn auch als „beerdigt“ an, wenn auch zunehmend die Beschaffung von Anhaltspunkten, die die Züchter den Bäuerinnen und Bauern in Sachen Nachbau vorlegen, über die Aufbereiter läuft. Schließlich gebe es die Rechtsprechung, dass, wenn die Züchter von einer Sorte wissen, dass sie als Nachbauseaatgut aufbereitet worden sei, der Aufbereiter sämtliche Kundennamen derer, die diese Sorte bei ihm haben aufbereiten lassen, an die Saatgut Treuhand-Verwaltungs GmbH (STV) weitergeben muss. Ehlers nehme aber auch wahr, dass offenbar zunehmend Bäuerinnen und Bauern von ihrem Recht Gebrauch machen, dem Aufbereiter die Sorte, die sie bei ihm aufbereiten lassen, nicht zu nennen. So erklärt er sich den zunehmenden Rückgang des Nachbaugebühreneingangs bei den Züchtern. Immer weniger Nachbaugebühren lassen aber die Züchter

umso händeringender nach einer Lösung für ihr Problem suchen. Hennig Ehlers sieht allerdings keinen Königsweg, jede Option hat mindestens einen Haken. Als am einfachsten umzusetzen sieht er eine Flächenlizenz, bei der jeder Anbauer von Getreide einen bestimmten Betrag pro Hektar entrichtet. Das erfordert aber auch wieder die Unterstützung des Gesetzgebers, derer man sich eben nicht gewiss sein kann. Zumal die aktuell geführte Debatte um den Absatzfonds, so Ehlers, unter Umständen ein Vorgriff auf das sein könne, was bei einem ähnlich angelegten Fonds für Nachbaulizenzen drohen könne. Somit wäre doch eine Lösung, bei der der Gesetzgeber außen vor bliebe, eine bevorzugte Variante. Es solle etwas sein, was alle Beteiligten einigermaßen zufriedenstelle, so Ehlers. Die Bäuerinnen und Bauern hat noch niemand mit an den Verhandlungstisch geholt.

cs



Sorten-Konzentration

Eine starke Konzentration auf wenige Spitzensorten zeigt die Tabelle der Vermehrungsflächen für die verschiedenen Getreidearten. Bei Wintergerste nehmen die vier meist angebaute Sorten zwei Drittel der Anbauflächen ein: Es sind dies bei mehrzeiliger Wintergerste die Sorten Lomerit, Fridericus, Naomie und Highlight und bei zweizeiliger Wintergerste Finesse, Campanile, Finita und Passion. Bei Triticale stehen sogar nur drei Sorten auf zwei Dritteln der Triticale-Felder, nämlich SW Talentro, Grenado und Canlo. Weniger einseitig ist das Sortenspektrum bei Winterweizen, wo die vier stärksten Sorten nur 25 % der Fläche ausmachen (Akteur, Mulan, Hermann und Dekan). Auch bei Roggen ist die Sortenmischung ausgewogener – mit Visello, Conducat, Matador, Recrut und Askari als meistvermehrten Sorten. en

Nulltoleranz gegenüber gentechnikfreier Landwirtschaft

Bauernverband und Agrarindustrie wollen Gentechnik ins Futter. Alle Jahre wieder – so scheint es – muss der Bauernverband sich darüber entrüsten, dass es in Europa eine Nulltoleranz für hier nicht zugelassene gentechnisch veränderte Futtermittel gibt. Immer dann, wenn bekannt wird, dass ein Schiff mit einer Ladung, dessen Genkonstrukt in Europa verboten ist, von der EU zurückgewiesen wird, wie jüngst im Juli ein Transport mit 18.000 Tonnen Sojaschrot, regt sich Empörung. Wettbewerbsnachteile der europäischen Bauern und Bäuerinnen werden beschworen, um die „praxisferne Nulltoleranz“ – so der Rheinische Landwirtschafts-Verband (RLV) – für Protein-Futtermittel zu bekämpfen. Aufgrund von Ernteverlusten in Brasilien sei die EU in diesem Jahr vermehrt auf Importe von US-amerikanischem Soja angewiesen, bei dem noch mehr Probleme mit GVO-Verunreinigungen zu befürchten seien. Bei ähnlichen Schwierigkeiten letztes Jahr hatte die EU-Kommission eine zügige Zulassung von mehreren in den Erzeugerländern aber nicht in der EU zugelassenen Genkonstrukten angekündigt, aber nicht danach gehandelt, beschwerten sich die Europäischen Dachverbände der Bauern, Agrargenossenschaften und der Mischfutterhersteller. Nun komme es zu Engpässen mit gentechnikfreiem Soja. Dagegen steht die Aussage einschlägiger Zertifizierungsunternehmen, die sehr wohl eine Verfügbarkeit gentechnischer Sojas für Europa garantieren. Zwar ist der Preis entsprechend höher, die Sicherheit aber auch entsprechend größer. Als wahre Motivation für die mangelnde Toleranz gegenüber der Nulltoleranz dürfte bei den Agrarindustriellisten wohl eher das große Interesse einer schleichenden Einführung der Gentechnik in die gesamte Futtermittelszene sein. *cs*

Landfrauen zur Agro-Gentechnik

Forderungen zur Agro-Gentechnik hat der LandFrauenverband Württemberg-Baden aufgestellt: Wahlfreiheit der Erzeuger und Verbraucher durch klare Kennzeichnung der Lebensmittel (auch bei Verwendung von Gentechnik-Futtermitteln), Anlastung der Kosten bei den gentechnisch veränderten Futtermitteln, verstärkte herkömmliche und unabhängige Saatgutzüchtung für Sojaimport-Alternativen bei Eiweißfutterpflanzen, Erforschung der Risiken und Umweltwirkungen. Gentechnikfreie Regionen seien eine Möglichkeit der politische Willensäußerung. *en*

Gentechnikfreies Bayern?

Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) steht der Idee eines gentechnikfreien Bayerns positiv gegenüber, speziell seit er auf einer Reise nach Israel dortige Forscher als Kritiker von Freilandversuchen wahrgenommen hatte. Jene Forscher wollten sich aber so gar nicht gehört wissen und protestierten nach dem Bekanntwerden ihrer vermeintlich kritischen Haltung dagegen, so zitiert zu werden. Auch Söders Kabinettskollege Wolfgang Heubisch, Forschungsminister von der FDP, hat davor gewarnt, sich die Möglichkeiten der Biotechnologie auch durch die Ablehnung von Freilandversuchen vorschnell zu verbauen. *cs*

Und ewig lockt Monsanto

Gentechnik kritische Bauern- und Umweltorganisationen in Brasilien protestieren dagegen, dass der Gentechnik-Konzern Monsanto in Brasilien mit offenbar mit einer großangelegten Charmeoﬀensive gerade Bauernfamilien mit kleinere Betrieben für sich gewinnen will. Mit romantischen Werbespots und Lockangeboten wie einmaligen Saatgutspenden werden Bauern und Bäuerinnen eingefangen um dann im nächsten Jahr mit Lizenzzahlungen und hohen Saatgutpreisen konfrontiert zu werden. Die Organisationen kritisieren einerseits die Abhängigkeit in die die Bauern und Bäuerinnen geraten wie auch die Tatsache, dass Monsanto dadurch eine großflächige schleichende Verunreinigung konventioneller Bestände mit gentechnisch veränderten Pflanzen vorantreibt. *cs*

Kurzes am Rande

Sitzen gegen Gentechnik

Für die Überzeugungen von einer gentechnikfreien Landwirtschaft

Der Landwirt Michael Grolm soll ins Gefängnis. Der Berufsimker und Gentechnikgegner aus dem thüringischen Tonndorf hat im Jahr 2007 gemeinsam mit anderen Aktivisten ein Feld in Brandenburg von gentechnisch verändertem Mais des Saatgutkonzerns Monsanto befreit. In einem Verfahren wegen Sachbeschädigung wurde er zu 20 Tagen Haft verurteilt. Wann er diese absitzen soll, weiss er noch nicht.

Durch ein weiteres Verfahren sieht er einer Erzwingungshaft in der JVA Suhl-Goldlauter entgegen. Weil er bei der Feldbefreiungsaktion trotz Zutrittsverbot das Genmaisfeld betreten hat, forderte der Kläger, ein Rechtsanwalt von Monsanto und eine Agrargenossenschaft im Oderbruch 10.000 Euro von ihm. Das Gericht entschied sich jedoch für ein angepassteres Strafmaß von 1.000 Euro. Da Grolm auch diese Summe nicht zahlen

wollte und sich weigerte, seine Finanzen offen zu legen, soll er Ende August in Erzwingungshaft eines Besseren belehrt werden. Grolm geht jedoch lieber ins Gefängnis, als irgendwann Honig von gentechnisch verseuchten Pflanzen zu verkaufen, so der Bioland-Imker. Er nutzt den Tag des Haftantritts, um die Öffentlichkeit auf seine Anliegen aufmerksam zu machen. Begleitet von Imkern, Gentechnikgegnern und Medien will er vor den Gefängnistoren erscheinen. „Von Anfang an hätten die Gentechnik-konzerne auf die Anklagebank gehört. Aber wenn ich jetzt ins Gefängnis gehe, bringe ich sie erneut in die öffentliche Diskussion. Die Mehrheit der Menschen ist überzeugt: Wir müssen die Gentechnik auf den Feldern stoppen. Für sauberen Honig, für unabhängige Bauern, für gesunde Nahrung und eine Zukunft der gentechnikfreien Landwirtschaft.“ *mh*

Positive Plakette

Das neue Label „Ohne-Gentechnik“ ist ein Schritt in die richtige Richtung

Ab Herbst wird es eine neues „Ohne Gentechnik“-Label geben. Es soll dem Verbraucher helfen, sich bewusst für Lebensmittel ohne Gentechnik zu entscheiden, so Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die das grün-weiße Logo kürzlich vorstellte. Das Label, das vor allem für die Kennzeichnung von Milch, Fleisch und Eiern von Bedeutung ist, garantiert, dass die Tiere vorher nicht mit gentechnisch veränderten Futtermitteln oder Futtermittelzusatzstoffen gefüttert worden sind. Damit eine ausgewogene

Tiernahrung gewährleistet ist, sind jedoch Futtermittelzusatzstoffe, die mit Hilfe genetisch veränderter Mikroorganismen „unter kontrollierten Bedingungen im geschlossenen System hergestellt wurden“ zugelassen, so das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Für den deutsche Bauernverband (DBV) und den Landfrauenverband (dlv) ist das neue Logo Verbrauchertäuschung. „Die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung verdient ihren Namen nicht, da dadurch nicht ausgeschlossen ist, dass die damit ausgezeichneten Lebensmittel während ihres Herstellungsprozesses mit Gentechnik in Berührung kamen“, so die beiden Verbände. Gleichzeitig fordert der DBV eine Aufhebung der Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Futtermittel bei der Einführung in die EU, damit auch gering verunreinigte Ware mit GVO nach Europa importiert werden kann.

Organisationen wie Bioland, Greenpeace und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) befürworten das Logo „ohne Gentechnik“. Zumindest als richtigen Zwischenschritt zu einer Negativkennzeichnung von Lebensmitteln. „Wir fordern jedoch weiterhin eine europaweite Einführung eines Logos „mit Gentechnik“ für Produkte wie Milch, Fleisch und Eier von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden“, so Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL. *mh*



Nicht jeder freut sich so über das neue Logo wie die Landwirtschaftsministerin.

Foto: BMELV

Ärger ums Impfen

Eine Rechtfertigung für eine Zwangsimpfung gegen die Blauzungenkrankheit fehlt

Die Impfung gegen die Blauzungenkrankheit erhitzt die Gemüter. Für viele Betriebe ist die Impfung gegen die Blauzunge ein Segen, so die Befürworter. Da vor allem bei Schafen und Ziegen die Blauzungenkrankheit zu großen Schäden in der Herde führt, kann die Impfung den Tieren viel Leid ersparen. Auch die Zahlen scheinen für ihren Erfolg zu sprechen. Laut dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ist die Anzahl infizierter Rinderbestände mit BTV 8 in Deutschland seit dem Jahr 2008 gefallen. Wurden von Januar bis Juli 2008 etwa 2.200 betroffene Rinderbestände gemeldet, waren es im gleichen Zeitraum dieses Jahres nur 137 Fälle.

Andere Sicht der Praktiker

Erfahrungen von Landwirten und Tierärzten zeigen jedoch ein anderes Bild. Die Berichte über gravierende Nebenwirkungen der Impfung werden nicht weniger. Von steigenden Zellzahlen in der Milch, über Klauenprobleme bis hin zu erheblicher Immunschwäche nach dem Impfstress, Aborten und toten Tieren ist die Rede. Aufgrund vieler Anfragen von Medien und Verbänden will das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) reagieren und plant eine Studie zu Nebenwirkungen der Impfung in Zusammenarbeit mit Landwirten in Bayern. Das Vorhaben stecke allerdings noch in Kinderschuhen und soll eigentlich auch noch nicht öffentlich bekannt gegeben werden, so das FLI.

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) sammelt und bewertet bereits Meldungen von Tierärzten und Landwirten über Nebenwirkungen der Impfung. Im Jahr 2008 waren es 1.049 und dieses Jahr 367 gemeldete Fälle, so ein offizieller Zwischenstand der Auswertung. Dabei überwiegen die Fälle von gestörter Trächtigkeit und Geburt sowie spontane Todesfälle. Es sind jedoch nur 100 Meldungen darunter, bei denen keine andere Ursache als ein direkter Zusammenhang zum Impfstoff auszumachen war, so Dr. Klaus Cußler vom PEI. Mit pauschalen Aussagen wie „zehn Aborte nach der Impfung“ könne das Institut nichts anfangen, so Cußler. Der Tierarzt müsse jeden Fall melden und auf dem Hof andere Ursachen ausschließen. Dass dies in der Praxis meist nicht möglich ist, weiss Tierarzt Dr. Ralf Dieckmann aus Freiburg. Gravierende Schäden treten zum Teil indirekt auf, wenn eine latente Infektion in der Herde bereits vorhanden ist und die Krankheit erst durch den Impfstress ausgelöst wird, so der Tierarzt. Durch die Impfung werde das Immunsystem unnötig belastet, was zu Aborten führen könne, die zum Teil erst Wo-

chen später entdeckt werden. Das PEI registriert zwar auch solche Fälle, jedoch nicht als Nebenwirkungen der Impfung, da die direkte Wirkung nicht nachgewiesen werden kann.

Impfzwang unbegründet

Offen bleibt die Frage, warum Bäuerinnen und Bauern gegen ihren Willen ihre Tiere impfen lassen sollen, wenn eine flächendeckende Impfung aufgrund der uneinheitlichen EU-Regelung nicht gegeben ist. In den Niederlanden und Großbritannien sind Landwirte von der Impfpflicht befreit. Österreich fehlt es an finanziellen Mitteln, den Impfstoff zu beschaffen, weswegen auch dort die Impfpflicht dieses Jahr aufgehoben wurde. In Polen, wo das Virus BTV-8 nicht aufgetreten ist, werden keine Tiere geimpft. Auch entgehen viele Betriebe einer Impfung, da sie erst im folgenden Jahr einen Bußgeldbescheid bekommen und nicht rückwirkend geimpft werden kann. Nach Auskünften, die der Rechtsanwalt Gregor Schneider, der verschiedene Impfgegner vertritt, aus dem bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit erhalten hat, war die Einführung der Impfpflicht in Deutschland auch eine Reaktion auf die Forderung der Impfstoffhersteller, erst dann mit der Entwicklung und Produktion des Impfstoffs zu beginnen, wenn eine Mindestabnahme gewährleistet sei. Die Vorgabe der EU, dass Mittel aus dem Nothilfefonds erst ab einer Impfquote von 80 Prozent gezahlt würden, verstärkten den Druck in Richtung der Einführung einer Zwangsimpfung zusätzlich. Das für die Impfung zuständige Ministerium BMELV bestreitet diese Darstellung.

Willkürliche Sanktionen

Das Vorgehen der zuständigen Landesbehörden gegen Impfverweigerer ist unterschiedlich und hat nicht selten den Anschein von Willkür. Andreas Rimmelberger, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Bayern, wurden 1.000 Euro Zwangsgeld auferlegt, damit er seine Tiere impft. Die Summe verdoppelt sich bei jeder weiteren Androhung. In seiner Region um Altötting sind es 25 Betriebe, die nicht impfen wollen. Doch nur den vier Bekanntesten von ihnen wurden hohe Zwangsgelder auferlegt, berichtet der Bauer. Er sieht darin eine Taktik, um die anderen Betriebe abzuschrecken, denen „lediglich“ im Folgejahr ein Bußgeld auferlegt wird. „Dadurch sinkt die Solidarität unter den Bauern. Das ist von den Landräten so gewollt“, glaubt Rimmelberger.

Ganz anders gehen die Behörden in Nordrhein-Westfalen vor. Auf dem Betrieb von Heiner Lohmann wurden die Tiere zwei-

mal durch das Veterinäramt zwangsimpft. Einen Bußgeldbescheid hat Heiner Lohmann vor der Zwangsmaßnahme nicht erhalten. Auch gab es mit dem zuständigen Veterinär lediglich ein Telefongespräch, bevor mehrere Tierärzte begleitet von Polizei unangekündigt auf seinem Hof in Steinfurt erschienen, um die 65 Milchkühe und einen Teil der Nachzucht zu impfen, berichtet Lohmann. Das Ehepaar und die vier Kinder konnten nur zusehen. „Vor allem für die Kinder war das eine große Belastung“, so Frau Lohmann. Die Kosten für die erste Impfung in Höhe von 1.400 Euro muss der Bauer aus eigener Tasche zahlen. Hinzu kommen Anwalts- und Gerichtskosten sowie Kosten für die zweite Impfung.

In der Oberpfalz sollte ein Bauer sieben Tage in Erziehungshaft, nachdem er das ihm auferlegte Bußgeld in Höhe von 528 Euro nicht bezahlt hatte. Werner Reint konnte dem Haftantritt jedoch entgehen, da Berufskollegen und -kolleginnen das Geld aus einem gesammelten Fonds für ihn bezahlten.

Verfahren eingestellt

Viele Landwirte wollen sich die scheinbar willkürlich gewählten Sanktionen durch die Behörden nicht gefallen lassen. Der Interessengemeinschaft für gesunde Tiere (IggT) sind inzwischen etwa 700 Bäuerinnen und Bauern beigetreten, die sich gegen eine Zwangsimpfung ihrer Tiere wehren. 300 von ihnen werden durch den Rechtsanwalt Gregor J. Schneider aus München vertreten, der gute Chancen sieht, die Verfahren im Sinne seiner Mandanten zu beeinflussen. „Die Bußgeldbescheide an die Landwirte beinhalten zum Teil erhebliche formelle, aber auch sachliche Fehler“, so der Rechtsanwalt. Das bestätigte ihm das Gericht und einige Verfahren gegen die Landwirte wurden schon eingestellt. Klagen gegen Zwangsgeldandrohungen laufen. mh

Zwangsgeld: Von den Landratsämtern festgelegter Geldbetrag pro Tier oder Bestand, der gezahlt werden muss, wenn bis zu einer festgelegten Frist keine Impfung erfolgt ist. Bei Weigerung wird die Summe erhöht und es können Maßnahmen wie Zwangshaft, Zwangsimpfung, Kontopfändung u.a. erfolgen.

Bußgeld: Hat ein Betrieb seine Tiere in einem gewissen Zeitraum nicht geimpft, wird er durch ein Bußgeld bestraft. Zahlt er dieses, muss er nicht rückwirkend impfen. Zahlt er nicht, folgen weitere Sanktionen.

Solidarität

Bäuerinnen und Bauern fühlen sich von den Landratsämtern zunehmend massiv unter Druck gesetzt, weil sie ihre Tiere nicht gegen die Blauzungenkrankheit impfen lassen wollen. Zum Teil werden hohe Zwangsgelder (bis zu 18.000 Euro) verordnet, Konten gesperrt, Milchgeld gepfändet und Zwangshaft angedroht. Die Interessengemeinschaft für gesunde Tiere (IggT), die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Bayern sowie die Arbeitsgemeinschaft noch produzierender Landwirte in Ostbayern (AnpLO) haben daher gemeinsam einen Solidaritätsfonds Blauzunge gegründet, um Spenden zu sammeln und damit den bedrohten Bauern und Bäuerinnen zu helfen. „damit die Folterwerkzeuge der Landräte stumpf werden und wir endlich wieder frei über unser Eigentum verfügen und unbelastete Lebensmittel erzeugen können“, so die Bekanntgabe. Zu viele Fragen zur Zwangsimpfung bleiben unbeantwortet und die Behörden reagieren mit Willkür, so die Organisationen. Sie rufen Verbraucher und Landwirte dazu auf, „für den Schutz ihrer Bürgerrechte einzutreten und mit einer Spende allen Bauernfamilien zu helfen, die zur Zeit massiv unter der Willkür der Behörden leiden“. Gespendet werden kann bei der AbL-Bayern e.V.; Bank: RB Rattiszell; BLZ: 743 691 46; Kontonummer: 66400; Verwendungszweck: Bäuerlicher Notgroschen mh

Auch bei den Großen muss der Preis stimmen

Gut 2.000 Hektar unterm Trecker, mehr als 600 Kühe im Stall und eine Vollkostenrechnung von 38 Cent je Liter Milch

Der schwarze Blechkasten mit Ladeluftkühlung und hundertsechunddreißig Pferdestärken muht wie eine Kuh, als Andreas Hansen auf die Hupe des Mitsubishi Pickup drückt. „Da haben wir uns was gegönnt“, sagt der Vorstandsvorsitzende der Agrargenossenschaft Elbniederung Eutzsch e.G. in Seegrehna, eine Autostunde von Berlin entfernt in Sachsen-Anhalt. „Da gucken die Leute, wenn wir auf dem Weg zu einer Demo sind und auch noch Faironika hinten auf der Ladefläche steht.“ Hansen amüsiert sich sichtlich bei dem Gedanken.

Der staatlich geprüfte Landwirt (40) wollte immer einen großen Betrieb führen. Dafür ist er schon lange aus Wesby in Schleswig-Holstein weggezogen und nach Ostdeutschland gegangen, hat dort viele Jahre auf großen Betrieben gearbeitet, erst als Springer auf Leitungsebene, dann als Verwalter. Zwischen drin immer wieder Schulungen. Seit zweieinhalb Jahren trifft er in der Agrargenossenschaft in Seegrehna die Entscheidungen. Zweitausend Hektar Fläche gehören zu dem Betrieb, wovon fünfhundertachtzig Hektar Grünland sind. Sechshundertfünfundzwanzig Milchkühe werden täglich gemolken und knapp siebenhundert Tiere für die Nachzucht gehalten. Auf dem Hof arbeiten, Hansen mit gezählt, neunundzwanzig Menschen Vollzeit.

Etwa der Kuhreiber Hans-Jürgen Köppe (60), er hat noch zu Walter Ulbrichts Zeiten Rinderzüchter gelernt und arbeitet seither auf dem Betrieb. Oder Heidi Buchmann (48), sie hat noch miterlebt, wie der Hof mal Volkseigenes Gut (VEG) hieß und direkt der staatlichen Wirtschaftsplanung unterlag, die Kühe noch auf vielen kleinen Stallanlagen verteilt waren, bevor die Milchproduktion nach Seegrehna verlegt wurde. Heute fährt und wartet sie den gelenkigen Verti-Mix 1400 Double SF, einen Futtermischwagen mit Wiegeeinrichtung und Datenübertragung zum Computer. „Mein Vater hat schon hier gearbeitet. Er hat sich für Großmaschinen und Technik interessiert. Mein Bruder hingegen überhaupt nicht. Da war dann ich“, sagt Heidi Buchmann.

Hansen rechnet, wenn es um Kostenoptimierung geht: Die Milchleistung der Kühe hat er auf neuntausend Liter gebracht. Und er strebt neuntausendfünfhundert an. Die Ackerflächen werden pfluglos bearbeitet. Weizen, Gerste, Roggen, Mais, Zuckerrüben, Sonnenblumen, Winterraps. Vom Grünland werden



Mit dem Milchpreis äußerst unzufrieden. Der Betriebsleiter, Andreas Hansen und ...

Heu und Anwelksilage geholt. Diese Elbwiesen wären auch nicht anders nutzbar, da der Fluss immer wieder mal stark ansteigt und das Land rings herum verschluckt. „Das wird immer wieder vergessen“, sagt Hansen: „Wir sind Landschaftspfleger für lau.“

Hansen rechnet genauso, wenn es um Erzeugerpreise geht: Nordmilch zahlt einundzwanzig Cent je Kilogramm Milch. „Beschissen“, sagt Hansen und schüttelt den Kopf, als habe ihm jemand die Vorfahrt genommen. Wie viel er brauche, um die Kosten zu decken? „Mit einer Zahl über dreißig wäre ich glücklich. Aber bei einer ehrlichen Vollkostenrechnung brauchen wir achtunddreißig Cent.“ Zurzeit macht der Produktionszweig Milch sechzigtausend Euro Verlust im Monat. Für das gesamte Milchwirtschaftsjahr rechnet er mit einem Minus von mindestens fünfhunderttausend Euro, dafür müsste das Milchgeld aber noch mal anziehen. Auch die Ge-

treidepreise machen ihm Sorgen und er sagt: „Im letzten Jahr hat die Pflanzenproduktion noch Einiges von den niedrigen Milchpreisen aufgefangen.“ In diesem Jahr habe er etwa bei einem Preis von sieben Euro fünfzig für hundert Kilogramm Roggen schon Geld drauf gelegt.

Und die Senkung der Agrardieselsesteuer? „Ach.“ Andreas Hansen holt aus dem Nebenbüro einen Zettel. Siebenunddreißigtausend Euro bringe ihm diese Maßnahme. Das Meiste sei für den Feldbau zu verbuchen und gerade mal siebentausend bis achttausend Euro kommen der Milchproduktion zu gute. „Das Problem ist doch außerdem, dass wir das Geld erst nächstes Jahr bekommen“, kritisiert Hansen. Und Geld, das ausgegeben werden kann, fehlt. Beim Landhandel beziehe er teilweise Kontokorrent, also Früchtepfand, damit Futtermittel, Saatgut oder Dünger angeschafft werden können.

„Hätten wir die Übermengen nicht pro-

duziert, dann hätten wir diese schlechten Milchpreise nicht“, sagt Hansen, der mit der Agrargenossenschaft seit dem Milchlieferstopp 2008 dem Bundesverbandes der Deutschen Milchviehhalter (BDM) beigetreten ist. „Ich habe mich zu der Zeit intensiver mit deren Ansätzen beschäftigt und gemerkt, dass sie sich für die Milchviehhalter einsetzen.“ Er sagt: „Wir müssen mit der Menge runter. Und es ist wichtig, dass nicht die Molkereien die Mengensteuerung in die Hand bekommen.“ Die Milchproduktion in der Agrargenossenschaft wird diesen Milchpreis nicht dauerhaft durchhalten. Hansen will bis Ende des Jahres abwarten. Er weiß: „Wenn die Milchkühe weg sind, dann arbeiten hier keine zehn Leute mehr.“

„Wir haben keine Alternativen“, sagt Melkerin Ursula John (37). „Ich weiß nicht, ob die das in Berlin wissen.“ In dem zweiunddreißiger Melkkarussell gibt sie Kuhnummern in die Computer ein, reinigt die Zitzen, setzt das Melkgeschirr an und tunkt am Ende die Zitzen in eine Lösung, bevor die Kuh wieder raus marschiert und Kuhreiber Köppe übernimmt. Die Schicht beginnt um vier Uhr morgens, endet gegen neun Uhr. Dann Pause bis vier Uhr nachmittags und erneut melken bis neun Uhr abends. Sieben Tage in Folge und sieben Tage sind dann frei.

Die Wiedereinführung der Exportsubventionen für Milchprodukte bezeichnet Hansen als „Unsinn“. „Wir verdienen nichts daran und stören Märkte in anderen Ländern.“ Beim heimischen Futtermittelanbau, findet Hansen, könnte die EU-Agrarpolitik noch Einiges besser machen: „Damit wir nicht mehr so abhängig von Importen sind, genauso wie wir nicht auf Exporte von billigen Überschüssen setzen sollten.“ Seines Erachtens könnte etwa der Anbau von Leguminosen gefördert werden. „Überleg mal“, Hansen blickt über riesige Getreidefelder, „wie das aussieht, wenn hier nicht nur Getreide steht, sondern auch Sonnenblumen, Lupinen oder Erbsen.“ Die Fütterung mit Soja, sagt er weiter, sei dennoch nicht zu hundert Prozent zu ersetzen. Faironika wird auf dem Pickup mit der Kuhupe noch weitere Einsätze erleben: „Wir werden uns im Rahmen unserer Möglichkeiten an Aktionen beteiligen“, sagt Hansen. Heidi Buchmann erinnert sich noch, wie sie beim letzten Milchlieferstopp die Milch haben weglaufen lassen. „Da standen uns die Tränen in den Augen.“



... die Melkerin Ursula John.

Fotos: Dott

Berit Thomsen

Fit for Global Business

Der erste Außenwirtschaftstag der Agrar- und Ernährungswirtschaft

Engeladen hatten das BMELV, die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie und das Auswärtige Amt. Sponsoren waren die Deutsche Bank, die *Lebensmittelzeitung*, die Unternehmensberater PricewaterhouseCoopers, DHL usw.

Der Hunger in der Welt und seine Bekämpfung, das war das Leitmotiv der Festredner. Angestimmt wurde es vom „Export-Beauftragten“ des Agrarministeriums, dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Gerd Müller. Seit 2008 ist er in dieser Zusatzfunktion. Die folgenden Festredner der deutschen Ernährungsindustrie und des Auswärtigen Amtes spannen das Thema fort. 1 Mrd. Menschen hungern in der Welt, die Weltbevölkerung wächst. Täglich werden es 200.000 mehr. Unsere Ernährungsindustrie, eine moderne Agrarproduktion, Wissenschaft und nicht zuletzt „offene Märkte“ seien ein Teil der Lösung dieses Problems.

Über 400 Teilnehmer, davon 80 Prozent Unternehmer, waren am 18. Juni ins Auswärtige Amt gekommen, um sich über die Chancen und Risiken für deutsche Agrar-Exporteure auf den wichtigsten Exportmärkten zu informieren. In verschiedenen Foren ging es um die Details, wie man im Ausland ins Geschäft kommt. Es referierten Experten von Humana Milchunion, Westfleisch, Turm-Sahne, Metro, Hengstenberg, der Exportförderorganisation „German Sweets“, Abraham Schinken, usw.

Landeskundige analysierten die jeweilige politische und wirtschaftliche Situation, die Chancen für deutsche Agrarprodukte, die Sitten und Gebräuche beim Abschließen von Verträgen, die Fördermöglichkeiten durch die deutsche Regierung. Eine Marktexpertin für Mittel-Osteuropa (ehemals CMA) verriet, was man auch noch wissen muss. Was bedeutet das Kopfnicken eines Verhandlungspartners in Bulgarien? Da sind völkerkundliche Kenntnisse nötig. Ebenso bei der Auswahl der passenden Gastgeschenke im Osten. Ihr Rat: Pralinen und Lindt-Osterhasen sollten es sein.

Solche Tagungen sind immer auch die Bekräftigung neuer Sprachregelungen. Den Bauern wurde vorgehalten, dass sie inzwischen doch schon jeden fünften Euro im Export verdienen. Sie sollten also die Exportchancen noch besser nutzen. Staatssekretär Müller reagierte auf den phantasiereichen Protest vor den Toren der Veranstaltung. Die Kritik an den Exportsubventionen hielt er für überflüssig. Die ehemals 10 Mrd. Euro Exportsubventionen seien jetzt auf 900 Mio. geschrumpft und würden 2013 ganz abgeschafft.

Was auf der Tagung unter dem Titel

Agrarexport verhandelt wurde, waren tatsächlich nicht nur die subventionierten Billigexporte. Der Staat will in Zukunft verstärkt den „Türöffner“ für die neuen Märkte spielen. Bewerbstellig soll das werden mit: Messeauftritten, Unternehmerreisen, Kooperationsprojekten, Marktstudien, Beseitigung von Handelshemmnissen, z.B. veterinärrechtlichen Bestimmungen, Förderung der ländlichen Entwicklung, Ausbildung, agrarpolitischen Dialogen, Gründung deutscher Agrarzentren zur Propagierung deutscher Landtechnik. Sogar eine Schulung nationaler Ökonomiekontrollen in Indien und Osteuropa ist vorgesehen. Wozu das gut sein soll blieb in der Pressekonferenz unklar. Dient es der „Ländlichen Entwicklung“ oder dem Import billiger Ökoprodukte?

Nicht zu übersehen war, dass es zunehmend auch um Direktinvestitionen geht. Mit Firmengründungen oder mit Beteiligungen an einheimischen Firmen sollen Markthemmnisse überwunden werden, die z.B. in Ländern wachsen, die eigene Kartelle anstreben (z.B. die befürchtete „Getreide OPEC“ von Kasachstan und der Ukraine unter der Führung Russlands). Das ist bedauerlich, denn gerade da ist einiges zu holen. Der Sekretär für Landwirtschaft in der deutschen Botschaft in der Ukraine nannte Zahlen: 15,- € Pacht je ha besten Bodens und 1 bis 2,- € Stundenlöhne für lernbereite Arbeitskräfte, niedrige Steuern (20,- € pauschal Steuer je ha). Doch der Griff nach solchen Reichtümern ist für einzelne Unternehmen schwierig. Der Staat ist deshalb gefragt. Der Zugang zu den Weltmärkten soll politisch geöffnet und abgesichert werden. Die Agrar- und Außenpolitik präsentierte der Agrarindustrie auf dieser Tagung selbstbewusst ihre Möglichkeiten.

Götz Schmidt

Zertifikat

Sie sind glücklicher Empfänger von staatlicher Förderung für die Agrar-Exportoffensive. Dadurch werden Sie in die Lage versetzt, ausländische Märkte zu erobern und lokale Bauern zu verdrängen.

Die aufstrebenden Märkte der Entwicklungsländer stehen Ihnen offen und warten darauf von Ihnen erschlossen zu werden.

Hochachtungsvoll,

Dr. Milko Milupa
Dr. Milko Milupa
(Agrarexportbeauftragte
der Regierung von Lactoland)



Am Eingang zum Außenwirtschaftstag stand ein weiß gepuderter Dr. Milko Milupa, der Agrarexportbeauftragte der Regierung von Lactoland. Er überreichte den Teilnehmern dieses Zertifikat.

Neulich am Hundeplatz

Die Hühner waren legereif. Dreitausend Stück. Ich hatte sie Ende letzten Jahres als Eintagsküken bekommen und Tag für Tag ihre Entwicklung bis zur Legehähne verfolgt. Fünf Mal nun schon. Jedes Mal dreitausend Junghennen, immer für unseren Eigenbedarf. Doch die jüngste Aufzucht war etwas ganz Besonderes. Ein Bio-Kollege im Bergischen Land hatte vierhundert Hühner bestellt. Ein Auftrag! An einem sonnigen Aprilmorgen fuhr ich mit Bulli und Anhänger los in Richtung Wuppertal.

Der Hof, auf dem die vierhundert Hühner leben sollen, ist klein, aber landschaftlich wunderschön gelegen: auf einem Berg mit Blick über Wiesen, Wälder und einen Stausee. Gemeinsam mit Andreas, dem Landwirt, lade ich die Container aus und rolle sie die steile Wiese hinunter zu den hellen Hühnerställen, wo die braunen Junghennen sofort ihr neues Zuhause erkunden. Ich wünsche Andreas viel Erfolg und könnte eigentlich nach Hause fahren. Wenn mir



... aus Westfalen

nicht auf der Hinfahrt etwas eingefallen wäre. Im Süden des Ruhrgebiets gibt es eine Hundeschule, die mich aus einem ganz bestimmten Grund interessiert. „Sag mal, Andreas, hast Du den Computer gerade an?“, frage ich. „Ich brauche da eine Adresse.“ „Hochfahren dauert nicht lange“, meint Andreas und bittet mich ins Haus. In ein altes, gemütliches Haus voller Bücher. Andreas' Lebensgefährtin ist Buchhändlerin und liebt ihren Beruf, für den sie jeden Tag bis nach Köln fährt. Und so kommt es, dass Andreas und ich beim Kaffee nicht nur über Hühner und Eier sprechen, sondern auch über Bücher und über das Schreiben. Über das Verschwinden der unabhängigen Buchhandlungen und den Vormarsch der Buchhandelsketten. Noch einen Blick über die Wälder und den See, dann fahre ich los Richtung Ruhrgebiet. Meine Idee: eine halbe Stunde Umweg in Kauf nehmen, um mit sehr viel Glück eine Romanautorin zu treffen, die eine Hundeschule betreibt. Mein Navi führt mich über die A43, durch die Hügellandschaft des südlichen Ruhrgebiets und schließlich an den Rand einer mittelgroßen Stadt. Die Häuser werden immer weniger. Wald. Ein Umspannwerk. Und ausgerechnet in dieser unbewohnten Gegend sagt die Navi-Stimme: „Sie haben Ihren Bestimmungsort erreicht.“

Irgendwo hinter dem Umspannwerk an der Ruhr muss es einen Hundeübungsplatz geben. Auf dem jetzt garantiert nichts los ist, denke ich entmutigt. Und dann biege ich in den Seitenweg ein. Fahre auf einen Parkplatz und sehe zwei Frauen hinter einem Maschendrahtzaun, die neugierig gucken, wer da kommt. Die linke ist mittelgroß und blond, circa Ende dreißig. Sie ist es. Die Autorin, die ich suche. Manchmal habe ich einfach Glück. Über den Maschendrahtzaun hinweg geben wir uns die Hand und stellen uns einander vor. Ich entschuldige mich für meinen Überfall: Ich sei ein Fan ihrer Bücher, zufällig hier in der Gegend und hätte da eine Frage . . .

„ . . . können auch Männer an Ihren Schreibkursen teilnehmen?“ Die Autorin kann ihre Überraschung nicht verbergen. Sie hatte wohl eher mit einem neuen Kunden ihrer Hundeschule gerechnet. Dann erzählt sie, dass demnächst vielleicht ein gemischter Roman-Workshop zustande kommen könnte. „Schreiben Sie mir über die E-Mail-Funktion auf meiner Homepage“, bittet sie mich. Wir verabschieden uns über den Zaun hinweg und wünschen einander einen schönen Tag. Froh und zufrieden fahre ich nach Hause. Im Stau auf der A1 betrachte ich mein Leben aus einer ganz neuen Perspektive: Vor Jahren hatte ich meinen Redakteursberuf aufgegeben, um Landwirt zu werden. Aber eben nicht NUR Landwirt. Heute bin ich am Hundeübungsplatz einer Autorin begegnet, die zwei selbstständige Berufe unter einen Hut bekommt. Die Tiere und das Schreiben. Im Grunde auch meine Berufe, denke ich, während sich der Stau langsam auflöst.

Ein Bauer (48 Jahre) erzählt...

Neoliberales Nebelwerfen gegen die Milchbauern

„Freie Märkte“ – Schlachtruf von Ernährungsindustrie und Agrarindustrie

Professor Isermeyer hat für den Fall der neoliberalen Durchsetzung von Weltmarktpreisen in der EU folgendes Szenario konstatiert: Weizenanbau nur noch auf guten Standorten, Verdrängung von Futtergetreide durch billigeren US-Mais, von Ölsaaten durch die Konkurrenz durch Soja und Raps aus Nordamerika sowie durch Soja und Palmöl aus Südamerika bzw. Südostasien. Verdrängung der Zuckerrübe durch Zuckerrohr-Importe und der hiesigen Rindfleischherzeugung durch das im Freiland kosten- günstiger erzeugte Fleisch aus USA und Brasilien.

Milcherzeugung nur noch auf „Gunststandorten“ und in Großstrukturen, Schweinen und Geflügel nur noch in Großbeständen und bei weniger Auflagen im Bereich von Umwelt und Tierschutz. Trotzdem wollen die neoliberalen Schlachtrufe von „freien Märkten“, „Weltmarkt“ und „freier Marktwirtschaft“ nicht verstummen – von Milchindustrie, Raiffeisen, Bauernverband, Politikern und Agrarökonomie-Professoren. Gegen die Milchbauern. Gegen die solidarische Interessenvertretung für höhere Erzeugerpreise gegenüber den Molkeleien, gegen eine Bündelung der Mengen, gegen Lieferstreiks und gegen eine Mengenreduzierung in eigener Regie. Der Markt solle alles richten, heißt es, nicht der „Rückfall in die Planwirtschaft“.

Aus Überzeugung oder Nützlichkeit

Manche indoktrinierte Ökonomen und Politiker glauben wohl wirklich an solche Modelle. Für die meisten Lobbyisten aber ist die Propagierung solcher Thesen ganz einfach nur nützlich – als ideologischer Rechtfertigungs-Mantel zur Durchsetzung ihrer Interessen und als Rauchvorhang, hinter dem sie ganz und gar nicht marktwirtschaftlich agieren: mit subventionierten Dumpingexporten, Zollschranken und politischem Druck, mit staatlicher Lagerhaltung zu subventionierten Festpreisen, mit Energie-Subventionen und Oligopolen, mit Milliardensubventionen und Bürgschaften. Das nennt man „angebotsorientierte Wirtschaftspolitik“, bei der die Großunternehmen als Lokomotiven des

Wachstums zu pöppeln sind – dann werde von den Konzernprofiten auch was für die Arbeitnehmer und Verbraucher durchsickern und von den Genossenschaftsgewinnen was für die Bauern.

Die „unsichtbare Hand des Marktes“ führe zum „Optimum der Wohlfahrt aller“ – so das Kernpostulat des Neoliberalismus: Der „homo oeconomicus“ (die Fiktion des rein wirtschaftlich und egoistisch handelnden Menschen) dürfe deshalb durch keine staatlichen Rahmenseetzungen gestört werden. Alle wichtigen Gesellschaftsbereiche

schutzes gegenüber dem Weltmarkt (vor allem bei den anderen), Abbau von Subventionen (möglichst nicht der eigenen), Abbau von Mengenregulierungen (bei anderen), Abbau von Umwelt- oder Tierschutzvorschriften und des Verbraucherschutzes. Die Folgen: Hunger und Armut, Preis- und Einkommensdruck, volatile Preisausschläge, Vernichtung von Ressourcen und Vermögenswerten, Dominanz der kurzfristigen Kapitalrendite von Anlegern, Konzentration von Vermögen und Einkommen, Spaltung der Gesellschaft, Niedrigstlöhne, geringe Sozialleistungen, Agrarindustrialisierung, immer einseitigere

Fruchtfolgen, Agrarfabriken außerlandwirtschaftlicher Investoren, Niedergang benachteiligter Regionen, Gentechnik, Risiken der Lebensmittelqualität, Trennung der Lebensmittel in Premium und Billig...

Schwächere Marktteilnehmer haben kaum Einfluss, schon gar nicht Hungernde und Bauern in abhängigen und korrupt regierten Ländern oder kommende Generationen – und auch nicht Umwelt, Tiere und Natur. „Wenn die Welt eine Bank wäre, hättet ihr sie schon gerettet!“ – so Greenpeace dazu. Was keinen Preis hat, ist nichts wert: Weil katastrophalen Folgen von Atomkraft oder Gentechnik nicht kalkulierbar (versicherbar) sind, folglich keinen Marktpreis haben, werden sie halt nicht berücksichtigt. Der Markt ist blind für Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Ehrenamt oder Liebe.

Wem nutzen welche Regeln?

Milchbauern und BDM haben mit dieser Ideologie des „freien Marktes“ gebrochen. Sie fordern eine „soziale und ökologische Marktwirtschaft“ ein, mit einem politisch gesetzten Rahmen und Regeln für den Markt. Die solidarische Bündelung der Interessen kann sich berufen auf den Vergleich mit den Gewerkschaften und ihrer verfassungsmäßigen Koalitionsfreiheit zur Durchsetzung ihrer Interessen auf dem Arbeits-„Markt“. Erst in einem solchen Umfeld hat der Markt dann seine begrenzte Bedeutung als flexibler Mittler zwischen Anbietern und Nachfragern. Nicht weniger aber auch nicht mehr.

Eckehard Niemann

Dröhnung für Agrarfabriken

Stress von Schweinen durch Überbelegung von Ställen, Klimabelastung, Transport, Kannibalismus sowie Leistungs- und Immunitätsdefizite und Folgeerkrankungen – für all das hat die Agravis Raiffeisen AG laut dem bauernverbandseigenen Infodienst Agrarheute eine Lösung: „Um oftmals nicht zu umgehenden Stress-Situationen für die Tiere in ihrem Empfinden erträglicher zu gestalten“, ermöglichte das „neue Stress Vital, während und nach dem Stressgeschehen verfüttert ... eine Dämpfung der sich im Tier entwickelnden Stressempfindungen und Aggressionen.“ en



müssten vom Staatseinfluss befreit und privatisiert werden. „Der Landwirt muss zum Unternehmer werden“ – so indoktrinieren DLG und Bauernverband die Bauern (die ja durchaus betriebswirtschaftlich arbeiten und ihre Absatzchancen optimieren): „Unternehmer“ sein heißt demnach, alle „hemmenden“ Überlegungen im Bereich von Tradition, Heimat, Region, Umwelt, Ethik oder Umwelt beiseite zu lassen. Freie Bahn für Gentechnik, Agrarindustrie, Strukturbrüche und Atomenergie – der Glaube an die Selbststeuerung der Märkte geht meist einher mit einseitiger Technologie-, Machbarkeits- und Größengläubigkeit und mit der Ablehnung jeglicher Regulierung oder gar Verhinderung solcher Risikotechnologien.

Für den freien Markt?

Neoliberale fordern: Abbau des Außen-

Organisierte Unverantwortlichkeit

Broschüre über Seilschaften in der Agro-Gentechnik

Sie ist bunt, 32 Seiten stark und inzwischen fast 80.000mal verteilt. Was in ihr steht, kann Wut machen – so wollen es die Herausgeber auch, die nicht aus den großen Verbänden stammen, sondern in selbstorganisierten, widerspenstigen Basisinitiativen mit Feldbesetzungen und -befreiungen Aufmerksamkeit erzeugen. Seite für Seite decken sie Verflechtungen zwischen Behörden, Forschung, Anwendung und Geldgebern auf und geben damit eine eindrucksvolle Antwort auf die Frage, warum die grüne Gentechnik trotz überwältigender Ablehnung in der Bevölkerung immer weiter vorangetrieben wird. Behandelt werden Behörden und Kommissionen wie BVL, EFSA, Julius-Kühn-Institut und deren BeraterInnen, die Bioparks IPK in Gatersleben, AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz und BioTechFarm in Üplingen. Weitere Kapitel stellen die wichtigsten Lobbygruppen und informellen Netze vor (InnoPlanta, WGG, GGG, PRRI, Transgen ...), abschließend geht es um die zweifelhafte Forschung zu Kontrolle und Sicherheit unter Stichworten wie Auskreuzung und Biosicherheit sowie um das Treiben der großen Konzerne im Hintergrund. Die Mitte des Heftes bildet eine große Übersichtsta-

belle über die Seilschaften in der grünen Gentechnik in Deutschland. Der Autor des Heftes will nicht nur aufklären, sondern beweisen, dass jegliche Hoffnung auf staatliche Behörden oder politische Entscheidungen unsinnig ist: „Es gibt keine unabhängigen Stellen. Überall herrschen Seilschaften, die keinen Zweifel an ihrer Befürwortung der Gentechnik lassen“. So würden Genehmigungsverfahren ausgehebelt und viele Millionen Forschungsgelder in windige Firmenkonstruktionen umgeleitet: „Rund um die Zentren der grünen Gentechnik in Gatersleben, Üplingen und Groß Lüsewitz sind mafiose Geflechte von Kleinstunternehmen entstanden, zwischen denen Aufträge und Gelder hin- und hergeschoben werden“. Die neue Broschüre soll die Debatte um das Verbot der grünen Gentechnik voranbringen.

Jörg Bergstedt (2009): „Organisierte Unverantwortlichkeit“, SeitenHieb Verlag Reiskirchen, Internetseite: www.biotechseilschaften.de.vu
 Kontaktadresse für Bestellungen und ReferentInnen: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401-90329-3, Fax -5, saasen@projektwerkstatt.de

Kurzes am Rande

Die Qualitätslüge

Dieses Buch deckt auf, was dem Verbraucher beim Kauf von sogenannten Qualitätsprodukten verborgen bleibt. Die Autoren nehmen verschiedene Bereiche wie Nahrungsmittel, Möbel, Kosmetika, aber auch Flugreisen, Kinderspielzeug, Ökostrom und Autos genauer unter die Lupe. Dabei spüren sie zum Teil haarsträubende Nebenwirkungen für Mensch, Tier und Umwelt mancher Produkte auf. Einiges ist uns nicht neu und dennoch hochaktuell. Dass Landwirte in Südamerika Selbstmord begehen, weil sie Verträge mit der Saatgutfirma Monsanto unterschrieben haben, ist ebenso brisant, wie die Tatsache, dass die Kleider die wir auf dem Leibe tragen, oftmals unter extremen, unmenschlichen Bedingungen von Arbeitern und Arbeiterinnen in Billiglohnländern hergestellt wurden. Für fair gehandelte Blumen zum Muttertag müssen Menschen sich einer hohen Pestizidbelastung aussetzen und wenn wir genauer hinschauen sollte uns zum Teil auch bei fair gehandelten Bananen der Appetit vergehen. Das Buch rüttelt an unserem schlechten Gewissen, wenn wir in unseren verdienten Urlaub mit dem Auto, Schiff



oder Flugzeug reisen und dabei den Klimawandel voran treiben. Da helfen auch keine sogenannten Kohlendioxid-Ausgleichszertifikate oder -spenden, wie die Autoren feststellen. Als kleinen Ausweg stellen die Autoren für jeden Bereich aber auch Alternativen vor, auf die wir ohne schlechtes Gewissen zurückgreifen können. So sind Siegel oder Anbieter fair gehandelter und umweltfreundlicher Produkte oder vertrauenswürdige Organisationen aufgelistet. Allerdings scheint es zum Teil sehr wenige Alternativen zu geben. Wenig diskutiert wird die Frage, ob allein ein Boykott von schädlichen Produkten und der Verzicht auf Billigware an den Arbeitsbedingungen für Menschen in Billiglohnländern etwas ändern kann oder ob nicht die politischen Rahmenbedingungen geändert werden müssen.

Dennoch, ein interessantes, kritisches und hilfreiches Buch für bewusste Verbraucher und solche, die es werden wollen. mh

„Die Qualitätslüge - Einkaufen mit Nebenwirkungen“, Annette Sabersky, Jörg Zittlau, ISBN: 978-3-426-78212-5, Knauer, 298 Seiten, 8,95 Euro, zu beziehen über den Abl-Verlag

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht
 bitte ankreuzen

Ausgabe: 2009 2008 2007 2006 2005 2004 2003
 19,80 € 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

- | | |
|--|-------------------------|
|Expl. Aus dem Moor, | Stückpreis 11,00 € NEU! |
| Expl. Ein Bauer erzählt, | Stückpreis 10,00 € NEU! |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,00 € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Bewegte Zeiten, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stührwoldt live, CD, | Stückpreis 13,90 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag | Stückpreis 3,- € |
| Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage) | Stückpreis 3,50 € |
| Hoffestpaket mit Infomaterial und 50 Bauernstimmen | kostenlos |
- weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221



Erntedank

Das neue Erntedankplakat der gentechnikfreien Regionen ist gerade aus der Druckerei gekommen und will verteilt, aufgehängt, betrachtet und gelesen werden. Neben den Bildern (siehe nebenstehenden Ausschnitt) gibt es einen kurzen Textteil sowie traditionell eine lange Liste aller Sponsoren und Unterstützer, ohne die das Projekt nicht möglich wäre.

Die DinA3 großen Plakate sind über den Abl-Verlag zum Selbstkostenpreis (50 Cent) zuzüglich Porto zu beziehen.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,-€); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschläge bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de, Anzeigenschluss für Bauernstimme Oktober 2009 ist am 17. September 2009.

Hof und Arbeit

● Kleinballen Stroh (Weizen, Triticale- und Gerstenstroh) zu verkaufen. Anlieferung auf Wunsch möglich. ☎ 02426-4052

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

● KATZEN WÜRDEN MÄUSE KAUFEN ... oder Reico. Feucht- und Trockenahrung für Hunde und Katzen ohne chemische Zusätze erhalten Sie bei Erika Sievers und Wilfried Durchholz, ☎ 04166/1422. Infos: www.reico-buxtehude.de

AbL

Bitte vormerken

AbL-Bundes-Mitgliederversammlung

20. bis 22. November 2009
in der Evangelischen Landjugendakademie
Altenkirchen/Westerwald

Das Programm wird in der nächsten Ausgabe vorgestellt.



Flagge zeigen für die AbL!

Größe: 90 cm breit x 150 cm hoch
mit Schlaufe links für einen Stock und zwei Metallösen oben
Kostet 15,- Euro zzgl. Versand. Zu bestellen beim AbL-Verlag

Milch aus Weidegras erzeugen!

09. September 2009,
Monschau-Rohren

Grünlandbetriebe haben die Möglichkeit, bei arrondierten Grünlandflächen die Wiederkäuer während der Vegetationszeit auf der Weide ausschließlich mit energiereichem Gras zu füttern. Weidegras ist die preiswerteste Form der Grundfütterversorgung, die teure Futtermittelentwertung entfällt damit für die Hälfte der Fütterungszeit. Diesen Vorteil nutzt die Low-Cost-Milchproduktion in Form der Vollweide. Wichtig ist dabei die Reduktion aller Kosten, besonders für Arbeit, Futter und Fütterung. Dieser Ansatz erfordert eine hohe Nutzungsintensität des Grünlandes, um eine verlustarme Umsetzung des gewachsenen Grasertrages in tierische Leistung zu erzielen. Zwei Weidebetriebe werden über ihre Erfahrungen berichten und die weidebasierte Form der Milchproduktion zur Diskussion stellen.

Fachhochschule Südwestfalen, FB Agrarwirtschaft, Herr Ising, ☎ 02921 378-225, Fax: -200, ising@fh-swf.de

Ökologische Geflügelhaltung

17. September 2009, *Neumünster*
Praktiker-Tag im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau zum Thema: Was ist bei der Futterherstellung zu beachten? mit den Referenten: Dr. Friedel Deerberg, Bioland Geflügelberater; Anja Harder, Qualitätssicherung Gut Rosenkrantz, Bio-Futter GmbH & Co KG; Ernst-Friedemann von Münchhausen, Geschäftsführer Gut Rosenkrantz. Anmeldung bis 15.9. an Ökoring Schleswig-Holstein, ☎ 04331 333-460, Fax: -462, info@oekoring-sh.de. Kosten für Teilnehmer fallen keine an.

AbL Bergischer Bauerntag

18. September 2009
Bauerntag für das Bergische Land von BDM und AbL. Eingeladen sind hochrangige Agrar-Vertreter der Parteien (Martin Häusling EU-Palamentarier; Udo Folgart SPD-Kompetenzteam/DBV; Peter

Bleser CDU)

20:00 Uhr im Haus Burger, Linder Str. 30, 51789 Lindlar-Linde
Info: Bernd Schmitz, ☎ 0177-3565559, hanferbauer@t-online.de

Biogas-Studienreise

23. bis 26. September 2009
Das IBBK bietet eine 4-tägige Studienreise an. Sie startet in Berlin und führt zu Anlagenplanern, Herstellern von Anlagenkomponenten und Biogasanlagen sowie zu innovativen Biogasanlagen. Endpunkt der Reise wird in Duisburg sein.

Da die Plätze begrenzt sind, wird baldige Anmeldung empfohlen an: Internationales Biogas und Bioenergie Kompetenzzentrum (IBBK), ☎ 07954 92620-3, Fax: -4
www.biogas-zentrum.de/ibbk/tour

Pioniere der Region 2009

09. Oktober 2009, *Kempten*
„Pioniere der Region – regionale Strategien in Zeiten der Globalisierung“ ist eine Initiative der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis in Kooperation mit Partnern vor Ort, darunter das Amt für Landwirtschaft und Forsten Kempten, die lokale Agenda 21, die vier Allgäuer LEADER-Aktionsgruppen und die Allgäuer Zeitung. Aus fast 70 eingegangenen Vorschlägen wählte die Jury 2009 vier Kandidaten aus, die ihre Projekte vorstellen zu den Themen regionale Vermarktung, klimaschonende Energie, soziales Engagement und Tourismus. 19.00 Uhr, Kempodium Kempten, Untere Eicher Str. 3, ☎ 0831 540213-0. Die Namen der Kandidaten stehen in Kürze auf www.anstiftung-ertomis.de. Dort finden Sie auch die Pioniere der Region aus früheren Veranstaltungen.

Percy und Louise Schmeiser in Norddeutschland

Das kanadische Farmerehepaar Louise und Percy Schmeiser – die Pioniere im Kampf gegen den Gentechnikkonzern Monsanto – kommen in den hohen Norden.

15. Oktober 09 in Elmshorn
19 Uhr, Nordakademie, Kölner Chaus-

see 11, Veranstalter AK Agrogentechnik, Kontakt: Wilfried Schümann, ☎ 04127-1898,

16. Oktober 09 in Hamburg

10 Uhr Pressekonferenz auf Gut Wulksdorf, 14.30 Uhr Empfang im Hamburger Rathaus, 19 Uhr Veranstaltung im Hörsaal A, Universität Hamburg, Hauptgebäude, Edmund Siemers Allee. Kontakt: Dieter Beger (Ökomarkt Hamburg), ☎ 040-6565042

17. Oktober 09 in Kiel

19 Uhr, Uni Kiel, Audimax, Hörsaal G, Olshausenstraße. Veranstalter: AbL, Bioland, BUND. Kontakt: Ina Walenda (BUND), ☎ 0431-6606050
Eine gemeinsame Veranstaltung von AbL, Bioland und BUND.

Urbane Landwirtschaft und Gärten

23. bis 25. Oktober 2009, *Tutzing*
Die Landwirtschaft kehrt in die Städte zurück. Nachbarschaftsgärten, Interkulturelle Gärten, Klein-, Kraut- und Schulgärten, Guerilla Gardens, Kinderbauernhöfe und Gemeinschaftsgärten: Überall boomt die Lust am Eigenanbau und an nachbarschaftlichen Begegnungen im Grünen. Welche neuen Formen des städtischen Gärtnerns in den letzten Jahren entstanden sind und was sie über mögliche Zukünfte der Stadt aussagen, damit beschäftigt sich die Tagung. Namhafte Referenten wie Andreas Weber, der Autor von „Alles fühlt“, widmen sich den unterschiedlichen Aspekten des Gärtnerns. Neben Naturerleben und ästhetisch-bildlichen und historischen Dimensionen geht es auch um Klimarelevanz und nachhaltige Stadtentwicklung.

Programm: www.anstiftung-ertomis.de/opencms/export/sites/default/download/Urbane_Landwirtschaft.pdf
Anmeldung: Evangelische Akademie Tutzing, ☎ 08158 251-0, Fax: -137
www.ev-akademie-tutzing.de

Frankenhausener Züchtertagung

07. November 2009, *Grebenstein*
Den einen Schwerpunkt der Tagung bilden Berichte über den Stand der Zucht der schwarzbunten Niederungsrinder in Deutschland, in den Niederlanden und in Chile. Der zweite Schwerpunkt besteht aus Fachvorträgen zu den Themen „DSN als Kreuzungspartner für Deutsche Holsteins“, „Kuhfamilien und Natursprungbullen“ sowie – mit Blick auf die Klimadiskussion – „Doppelnutzung statt Hochleistung“.
Prof. Dr. Onno Poppinga, ☎ 05673-3540, rondopopp@t-online.de

Fortbildung Ökolandbau

12. November 2009, *Bad Dübener*
Die Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau veranstaltet ihren 40. Jubiläumskurs zum Schwerpunkt Boden, Pflanze, Tier und Vermarktung. Dazu werden kompetente Referenten aus Wissenschaft und Praxis aus Deutschland und dem europäischen Ausland erwartet. 9.00 bis 17.30 Uhr im Hotel „Schützenhaus“ in Bad Dübener, Kontakt: Roland Einsiedel, ☎ u. Fax: 034243-21491, sigol@web.de

AbL

AbL- und BDM-Vertreter diskutieren mit DER LINKEN

Forderungen an eine neue Agrarpolitik

In welchen Bereichen der Landwirtschaftspolitik sehen wir Handlungsbedarf?
Was sind gemeinsame Forderungen für eine alternative Landwirtschaftspolitik?
Wie können wir sie durchsetzen?

Diese Fragen diskutieren:

- Dorothee Lindenkamp, AbL-Vertreterin Niederrhein
- Karl-Josef Vermöhlen, Landesvorstandsmitglied des BDM
- Andreas Bergmann, landwirtschaftlicher Referent der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und Nebenerwerbslandwirt

Dienstag, 8. September

20.00 Uhr Kolpinghaus
Peterstraße 23
47906 Kempen

Power to the Bauer!

Solidarität mit den aktiven Bäuerinnen und Bauern!

Power to the Bauer, damit die bäuerliche Zukunftswirtschaft mit gesunder Lebensmittelerzeugung nicht untergebuttert wird. Faire Preise für qualitativ hochwertige Lebensmittel gibt es nicht von alleine, dafür braucht es eine breite gesellschaftliche Unterstützung. Die Milchbäuerinnen und Bauern machen es vor, dass nur Schimpfen nichts bringt: Wir müssen uns wehren und unsere Sache selbst in die Hände nehmen. Widerstand gegen falsche politische Entscheidungen und Selbsthilfe für Mengenregulierung und Qualitätserzeugung sind gefordert. Bisher wincken Bundesregierung und Bundesrat die Interessen von Milchindustrieverband und der Spitze des Deutschen Bauernverbandes durch, zu unseren Lasten. Den Spieß müssen wir umdrehen. Schließlich geht es um die Verteidigung bäuerlicher Landwirt-



schaft.

Power to the Bauer, das heißt Mut, Phantasie, Kraft für viele Aktionen, um diese Auseinandersetzung erfolgreich zu führen. Da kann jede und jeder mithelfen! Durch öffentliche Solidarität, ob bei Aktionen oder an Gesprächen, durch gezieltes Einkaufsverhalten oder durch Erwerb des neuen Aufklebers „Power to the Bauer“. Der Aufkleber kostet 2,- Euro, 50 Cent pro verkauftem Aufkleber gehen an den Verein zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft FaNaL e.V. und werden dazu genutzt, die Informations- und Vernetzungsarbeit unter den aktiven Bäuerinnen und Bauern weiter zu verbessern. Wir freuen uns über viele verkaufte Aufkleber und bedanken uns für Eure Unterstützung.

Georg Janßen
AbL-Bundesgeschäftsführer



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, Tel.: 05865/988360, Fax: 05865/988361
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorf, Tel.: 04233/669, Fax: 04233/217774
Elbe-Weser: Ada Fischer, Tel.: 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, Tel.: 05865/1247
Südnieders.: Andreas Backfisch, Tel.: 05508/999989, Fax: 05508/999245

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215
Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel.: 05484/657

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü.: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218

Baden-Württemberg

Landesverband: Jochen Fritz, Telefon: 0171-8229719, e-mail: fritz_jochen@web.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Wolfgang König, Tel.: 09921/2843, e-mail: abl-bayern@web.de; Edith Liersch, Tel.: 08562/870
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, www.abl-bayern.info
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach: Andreas Rimmelberger, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Regionalgruppe Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; konrad.zanklmaier@vr-web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194/8480; Anton Prechtel, Tel/Fax: 09265/7198

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, Tel.: 037323/50129, Fax: 037323/15864



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221,
E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugengebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
Adi Lambke, Tel.: 05864/233; Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529

Interessengemeinschaft Boden:

Mecklenburg: Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273; Brandenburg: Bernd Hüsgen, Tel.: 033704/66161, Fax: 033704/66162

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 90,00 Euro
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 125,00 Euro
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
 Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 35,00 Euro
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 60,00 Euro
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 1,- Euro

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
 Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Was ist ein Regenschirm? Ein Gerät, womit man Niederschläge zerschneiden kann? Oder ein damit zusammenhängender Beruf? Manche Stadtmenschen würden vielleicht etwas in dieser Richtung vermuten. Weil sie eben nicht vom Regen abhängen wie die Bauern. Weil sie keinen Regenschirm haben und brauchen. Weil sie jeglichen Regen allein unter dem Aspekt der Freizeitstörung betrachten – egal wie trocken die Tage oder Wochen vorher gewesen sind. Um es klarzustellen: Ein Regenschirm (auch Ombrometer, Hyetometer oder Pluviometer genannt) ist „ein Instrument zur Messung des Niederschlags, der in einem bestimmten Zeitintervall gefallen ist“. Erfunden hat ihn 1442 ein pfiffiger Tüftler im fernen Korea unter dem damaligen König Sejong, und danach noch mal Christopher Wren im Jahre 1661. Es gibt Regenschirme in den unterschiedlichsten Ausführungen: als genormtes Gefäß in Form eines nach unten zulaufenden länglichen Kegelstumpfs, als Hellmannsche Komfort-Ausführung eingebaut in eine Metallfassung, illuminiert, eingefasst in Verkleidungen von Kunststoff- oder Naturstein-Tieren jeglicher Art (Schnecke, Storch, Frosch), aus schlichtem Plastik (zumeist als Geschenk der Pflanzenschutzhändler) oder aus dickem Glas, aufgesattelt auf einem schlichten Holzstab oder auf kunstgeschmiedeten Metallstäben...

Wenn mein Vater Besuch von auswärts bekam oder auswärts Leute traf, dann fragte er immer zuallererst: „Wie viel Millimeter habt ihr gehabt?“ („auf Plattdeutsch: „Wo veel Millimeter hebbt jü hat?“). Wenn ihm jemand diese Frage nicht beantworten konnte, dann war derjenige schon ein für allemal bei ihm unten durch. Und wenn er manchen Leuten diese Frage schon gar nicht stellte, dann waren es eben Stadtleute, die von der Bedeutung dieser Sache sowieso nichts wussten. Und so wie mein Vater halten es wohl alle Bauern. Man kann deshalb mit Fug und Recht behaupten: Einen Bauern kann man vor allem daran erkennen, dass er einen zuallererst nach den Millimetern fragt. Zumindest im Sommer.

Nach dem Hören der Millimeter-Antwort musste mein Vater dann fast immer konstatieren, dass es woanders mehr geregnet hatte als bei uns. Und auch dieses Phä-



30 Liter!! Starkregen oder waren's die Buben?
 Foto: Hartmut/pixelio

Regenschirm

nomen scheint man allerorten anzutreffen: Eigentlich jedes Dorf ist fest davon überzeugt, dass die Regenschauer und Gewitter gerade diesen Ort penetrant meiden und sich seitwärts daran vorbeimogeln.

Wozu dient die Kenntnis der gefallenen Millimeter? Um sich beruhigt zu fühlen, dass es den Kartoffeln, Rüben oder den Halmfrüchten an nichts fehlt. Oder um abzuschätzen, ob und wann man die Berechnungs-

kanone aufzustellen hat. Oder um umso inbrünstiger auf den nächsten Regen zu hoffen.

Ein Regenschirm hat aber auch Tücken: Oft gerät man in Zweifel darüber, wann und ob man das Gefäß das letzte Mal ausgegossen hat: Schon morgens? Oder auch noch mittags zwischendurch? Und nach einiger Zeit kann man sowieso kaum noch etwas ablesen, weil innen ein schmieriger Rotalgen-Belag den Blick verstellt. Und weil man immer gerade kein Tuch oder keine Bürste dabei hat, um die spitze Röhre endlich mal wieder zu reinigen. Mit der bloßen Hand tut man das nämlich äußerst ungerne, wegen der Vogelkacke darin. Denn vor allem die Fliegenschnäpper sitzen eigentlich immer auf dem Rand des Regenschirms – leider stets mit dem Kopf nach außen und dem Hinterteil nach innen. Und dagegen kann man kaum was machen, weil ja ein Regenschirm nach oben offen und damit ungeschützt bleiben muss, soll er seinen Zweck erfüllen. Oder ob es schon Ausführungen gibt mit Stacheln, wie sie sonst auf Bahnhöfen zur Taubenabwehr angebracht sind?

Auch die Kinder lieben Regenschirme: Mit Vorliebe kippen sie sie immer wieder aus und machen so jede Millimeter-Einschätzung zunichte. Eigentlich müsste es deshalb Regenschirme geben, die auf stabilen und sehr hohen Stangen angebracht sind – dann gingen sie vermutlich auch nicht so oft kaputt. Aber selbst im Falle defekter Regenschirme kann man sich behelfen: Ich zum Beispiel habe auf unserem Hof eine ganz bestimmte Pfütze – an deren jeweiliger Größe kann ich nach dem Regen ziemlich genau abschätzen, wie viel Niederschlag gefallen ist.

Apropos Kinder: Neulich waren fast alle Regenschirme in unserm Dorf bis zum Rand gefüllt. Ohne dass Regen gefallen war. Sie waren alle vollgepinkelt, vermutlich von den halbwüchsigen Jungens. Ärgerlich einerseits. Beachtlich andererseits. Denn solche Mengen an Urin in den Blasen anzusammeln, zu halten und gezielt und zeitlich koordiniert auszubringen – das bedarf schon einer großen Zahl von gut kooperierenden und ausdauernden Knaben und einer feinen strategischen Abstimmung. Trotzdem: Man muss ihnen die gebührende Achtung vor dem Regenschirm wohl doch noch beibringen...

Eckehard Niemann

unabhängige bauernstimme: wetterunabhängig

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36,- € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Jubiläumspreis von 15,- € bzw. 30,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonentin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221